

Arbeiter-Zeitung

Jeder liest **Die Internationale**

Das Aprilheft ist erschienen: Es enthält zwei wichtige hochaktuelle Artikel

Der Krieg und die Aufgaben der Kommunisten
Die Krise der Gewerkschaften und der „Krisen-kongress“ des ADGB.

Jeder Litobmann verkauft die „Internationale“, die führende Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

für Schlesien

Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Fernsprecher 460 69, Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50 (Norderbau). Fernsprecher 439 02. Erscheinungstag: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. & Co., Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Fernsprecher 460 59.

Hindenburg gegen Reichsbannerarbeiter

Ein Brief an Groener, der Vorgehen gegen das Reichsbanner fordert — Groener zieht SA-Mitglieder in „nationale Sportorganisationen“, will die Faschisierung der Jugend rascher durchführen — Verbot droht dem Kampfband gegen den Faschismus und dem KJVD. — SPD.- und Reichsbannerarbeiter, SAJ.- und SJV.-Genossen, kämpft mit uns gegen den Faschismus!

Die Regierung Hindenburg-Groener hat nach dem SA-Verbot die Auflösung der Schutzformationen des Reichsbanners und gleichzeitig einen Angriff gegen die revolutionären antifaschistischen Organisationen eingeleitet.

Hier die Tatsachen:

Hindenburg hat an den Reichswehr-Innenminister General Groener einen Brief gerichtet, den die „Berliner Börsenzeitung“ eine „Auforderung Hindenburgs an Groener, nunmehr auch das Reichsbanner zu verbieten“, nennt. Hindenburg fordert unter Bezugnahme auf das Verbot der SA und der SS von Groener, daß „ähnlich geartete Organisationen anderer Parteien der gleichen Behandlung verfallen“ sollen. Hindenburg überreicht Groener verschiedenes Material gegen das Reichsbanner und fordert nach seiner Prüfung einen entsprechenden Vorschlag Groeners.

Der Reichsbannerführer Hilttermann hat gestern sofort die freiwillige Auflösung der Schutzformationen (Schule) des Reichsbanners erklärt. Die Reichsbannerführung beginnt also aus Angst vor einem Verbot durch die „Demokraten“ Hindenburg und Groener sofort selber abzurufen!

Groener: „Mein Standpunkt“

Der Reichsinnenminister Groener übergab in der letzten Nacht der Presse einen Artikel unter der Überschrift „Mein Standpunkt“, in dem er erklärte:

„Ich muß die Unterstellung, als ob ich mit der Auflösung der SA für links optiert hätte, ganz entschieden zurückweisen ... Ich habe lange Zeit den Gedanken verfolgt, auch die Angehörigen der SA wie die Mitglieder anderer Verbände in einer neuen, großen nationalsozialistischen Organisation zu einem freiwilligen staatspolitischen Zusammenwirken zusammenzufassen. Der Gang der politischen Ereignisse seit Anfang dieses Jahres ließ jedoch diese Pläne nicht zur Ausführung kommen ... Die Auflösung der SA ist keine Maßnahme gegen die Partei (die NSDAP) ...“

Nach diesen interessanten Eingeständnissen sagt Groener, daß der Staat dafür sorgen würde, daß die bisher der SA angehörenden jungen Leute nicht der Obdachlosigkeit preisgegeben würden. In dieser liebevollen Erklärung fügt Groener die Ankündigung: Die gesamte deutsche Jugend soll in der nächsten Zeit ohne Ansehen der Partei in „Sportorganisationen“ zusammengefaßt werden.

Die Reichsbannerarbeiter werden erkennen müssen, wie sie von ihren Führern auch in den letzten Tagen beschwindelt und betrogen wurden. Während Herr Hitler sich mit Hilfe des „Verbotes“ der SA ganz legal und „regierungsfähig“ macht, wird das Reichsbanner abgerufen. Die Reichsbannermitglieder erhalten den Ruchtritt von dem revolutionären Feldmarschall, den sie selbst gewählt haben.

Natürlich war das Reichsbanner niemals eine antifaschistische, eher Rechts eine gegenrevolutionäre Organisation. Aber viele seiner Arbeitermitglieder glaubten an den antifaschistischen Kampf der Reichsbannerführer, nahmen ihn für bare Münze, kämpften aktiv an der Seite der Kommunisten und des antifaschistischen Kampfbandes gegen den Mordterror der Nazis. Ihnen gilt die Auflösungsaktion. Sie sollen ihren antifaschistischen Kampfwillen abrufen. Sie sollen nicht stören, wenn die Wels und Hilttermann eine etwa kommende Brüning-Hitler-Koalition tolerieren werden.

Groeners Ankündigung der Zusammenfassung der Jugend in sogenannten „nationalen Sportorganisationen“ bedeutet nicht nur eine Faschisierungsaktion gegen die proletarische Jugend, sondern auch die liebevolle Aufnahme der „aufgelösten“ SA-Mitglieder in diese „Sportorganisation“, so wie einst die Landsknechte der weißen Freiworte in die „Arbeitskommandos“ der Schwarzen Reichswehr aufgenommen wurden.

Der Reichswehr- und Reichsinnenminister Herr Groener führte in seinem Artikel zur Frage der Jugend folgendes aus:

„Das Wohl und Wehe der deutschen Jugend liegt mir besonders am Herzen. Stets ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, der Jugend des Volkes Lebens- und Betätigungsmöglichkeiten zu geben. Schon seit langem habe ich überlegt, was man bei der äußerst schwierigen Lage unserer jungen Generation tun könne. Meine Bemühungen in der nächsten Zeit werden dahin gehen, die gesamte deutsche Jugend ohne Ansehen der Partei in Sportorganisationen zusammenzufassen, zur Erziehung von

Körper und Geist und zur Pflege staatspolitischen Denkens und Willens.“

Die Faschisierung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen und der übrigen Jugend, soll auf diese Weise schneller durchgeführt werden. Der kommunistische Jugendverband, der im Geiste Liebknechts marschiert, der, wie die kommunistische Partei auf sein Banner die soziale Revolution, die Befreiung der arbeitenden Jugend vom Joch des mordenden Kapitalismus geschrieben hat, soll verboten werden. Die Mitglieder der SA und der SJV. müssen diese Entwicklung der Faschisierung sehen und daraus die Konsequenz, durch den Beitritt zum KJVD. ziehen. Und nicht nur die Mitglieder der SA und des SJV. müssen sich dem KJVD. anschließen, sondern alle Jungarbeiter, die bereit sind gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für den Sieg des Sozialismus zu kämpfen!

Es tritt in Erscheinung, was wir bei der Meldung vom SA-Verbot voraussaßen: Die Brüning-Regierung, die mit SPD-Hilfe jahrelang den Nazis den Weg bereitet hat, geht gleichzeitig zum Angriff gegen alle antifaschistischen Arbeiter über. Sie bereitet ein Verbot gegen die revolutionären antifaschistischen Organisationen vor. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzimek verbietet das Ver-

bot der kommunistischen Abendblatt „Nachrichten“ auf acht Wochen. Er verbietet die „Junge Garde“, das Blatt der kommunistischen Jugend, auf vier Wochen. Bei diesen Angriffen gegen links gibt es keine Ausweichung, daß sie „ohne Härte“, wie das SA-Verbot, durchgeführt werden sollen!

Reichsbannerarbeiter! Den Hitlerfaschismus kann man nur schlagen durch die gemeinsame proletarische Klassenkraft, mit der Waffe des Streiks und allen anderen Mitteln des proletarischen Kampfes. Nicht durch vaperne Verbote „ohne Härte“, sondern nur im Kampf durch Zusammenhalten und Massenselbstschutz mit euren kommunistischen Klassen Genossen könnt ihr die Nazigezichte hinhängen. Nur wenn ihr die Notverordnungsbittatur des Lohn- und Unterhaltungsabbaues, der Demonstrations- und Presseverbote, als den besten Schrittmacher der Nazis erkennt, werdet ihr in der Klassenfront gegen den Faschismus stehen.

Reichsbannerarbeiter! Die rote Einheitsfront ruft euch zum Kampfe, zur Union des Proletariats. Heraus aus der Front davor, die sich selbst auflöst, um den Nazis noch weiter den Weg zu bereiten.

Marschiert mit den Kommunisten gegen alle Feinde des Proletariats! Wählt am 24. April Liste 4, Kommunisten, um Hitler, Hilttermann und Severing zu schlagen!

100 SA-Banditen überfallen Reichsbannerleute

Breslau, 18. April. Auf dem Königsplatz überfielen 100 SA-Banditen eine Anzahl Reichsbannerkameraden, und schlugen sie mit Schlagringen und Stahlruten nieder. Acht Reichsbanner wurden schwerverletzt.

Dies haben wir ein lehrreiches Beispiel, daß das Verbot der SA keineswegs den faschistischen Terror gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft mildert, geschweige beseitigt. Die Brüning-Regierung zeigt sich sehr besorgt, um das Wohlergehen der verbotenen SA-Leute. Die „obdachlosen“ SA-Leute werden jetzt aus öffentlichen Mitteln verpflegt. Wir fragen die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter,

latte Feinere: beim Verbot des SA die Regierung auch den SA-Kameraden solchen wirtschaftlichen Schutz zukommen lassen? Nein! Die SA-Funktionäre wanderten zu einem großen Teil in die Gefängnisse und der brutalste Terror wurde angewandt.

Weil der faschistische Terror durch das Verbot der SA nicht eingedämmt wird, deshalb ist es notwendig, daß auch die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter mit uns Kommunisten gemeinsam den roten Massenselbstschutz organisieren und bilden, damit die Arbeiterklasse vor dem Terror der Faschisten geschützt ist. Schafft in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle, in jedem Wohnblock den roten Massenselbstschutz!

Severing will Hitler ranlassen

Nach den Preußenwahlen wollen die SPD-Führer ihre Politik der Notverordnungen, des Massenhungers zusammen mit den Nationalsozialisten fort etzen. Severing erklärte am 6. April in Hamburg:

„Ich wünsche, daß die Nazis eine Partei wären, die geführt wird von klaren politischen Köpfen. Wenn die Nazis das sind, dann bin ich der Ueberzeugung, daß wir der Mitarbeit der Nazis an den Regierungsgeschäften gar nicht abgeneigt gegenüberstünden.“

Dieser Ausspruch Severings ist ein offenes Regierungsangebot an die Hitler und Goebbels. Das SA-Verbot hat nicht den Zweck, den Faschismus zu schlagen, sondern im Gegenteil, es bezweckt, die Nationalsozialisten in Deutschland regierungsfähig zu machen.

Wo Kommunisten regieren,

wie in der Sowjetunion, da ist der Faschismus vernichtend und für alle Zeiten geschlagen. Wo Braun und Severing seit 13 Jahren regieren, da haben sie aus Preußen eine Domäne der finstersten Reaktion und des Faschismus geschaffen.

Wer für Braun und Severing stimmt, stimmt für die Ministersessel der Frick und Goebbels.

Wer für die Kommunisten stimmt und mit den Kommunisten kämpft, stärkt die rote antifaschistische Kampffront, die die verleihte Reaktion von Wels bis Hitler besiegen wird.

Wählt Kommunisten Liste 4!

Das SA.-Verbot

Die Arbeiterklasse muß den Kampf gegen den Faschismus vorbereiten

Die Brüningregierung hat durch Aufhebung der Sturmabteilungen des Hitlerfaschismus für aufgelöst erklärt. Sie begründet diese Maßnahme mit der Notwendigkeit, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren. Die Sozialdemokratie wird das Verbot der SA. Nordabteilungen ausnutzen, um noch nachträglich vor den Arbeitern ihre Politik des Arbeiterverrats, die mit dem Eintreten für die Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident abermaligen schändlichen Ausbruch fand, zu rechtfertigen. Die Wahl Hindenburgs — so wird die Sozialdemokratie argumentieren — habe das Verbot gegen den Hitlerfaschismus, die Auflösung und das Verbot der SA. erst möglich gemacht. Darum habe sich die Führung der Sozialdemokratie „Schlagt Hitler! Wählt Hindenburg“ als richtig erwiesen. Mit einem Wort: Die Sozialdemokratie wird dies als einen „Sieg über den Faschismus“ feiern.

Man muß klar sehen, daß die Brüningregierung und Hindenburg, der diese Notverordnung unterzeichnete, keineswegs beabsichtigen, einen Kampf gegen den Hitlerfaschismus zu führen. Wenn die Brüningregierung zu einer solchen Maßnahme greift, so keineswegs, um die Arbeiterklasse vor dem Faschismus zu schützen, sondern aus den Notwendigkeiten heraus, die sich aus der Zwangslage ergeben, in der sich die deutsche Bourgeoisie außen- und innenpolitisch befindet. Das Verbot der SA.-Abteilungen des Hitlerfaschismus erfolgte im Widerstreit der Interessengegenstände der einzelnen Gruppen der Bourgeoisie. Keineswegs handelt die Bourgeoisie bei dieser Maßnahme so einheitlich, wie etwa bei der Verkündung von Notverordnungen, die die politischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse bis auf ein Minimum eingeschränkt oder ganz aufgehoben haben oder die einen generellen Lohnabbau, den Abbau der sozialen Unterhaltungen und Einrichtungen usw. diktieren. Die Bourgeoisie ist bei der Durchführung des Verbotes der SA. in zwei Gruppen gespalten, wovon die eine der entschiedenste Gegner dieser Maßnahme ist. Das bedeutet aber von vornherein, daß die Durchführung des Verbotes nur einen Scheincharakter haben wird. Das heißt: Das Verbot wird nur insoweit durchgeführt, soweit es sich auf die Auflösung der SA-Organisationen, Aufhebung der Kasernierung und ähnlicher organisatorischer Formen erstreckt. Die SA-Abteilungen werden in anderer Form weiterbestehen; denn die Bourgeoisie kann nicht darauf verzichten, den faschistischen Kurs ihrer Politik durchzuführen, ohne sich auf eine faschistische Massenbewegung mit den dem Faschismus eigentümlichen organisatorischen Formen der Bildung solcher Terrorbanden zu stützen.

In der Begründung des Verbots kommt die Zweispieltigkeit der Interessen der Bourgeoisie in dieser Frage ganz klar zum Ausdruck. Es wird gesagt, daß das Verbot „ohne Härten“ durchgeführt werden soll und es wird weiter gesagt, daß beim Fortbestehen der SA. die Gefahr bestanden habe, daß die Nationalsozialistische Partei in die Allgalligkeit hineingerissen werde. Die Bourgeoisie braucht die Nationalsozialisten zur Durchführung ihrer Diktatur. Sie braucht sie als ein Gegengewicht gegen die Arbeiterklasse. Andererseits mußte aber der immer mehr zunehmende Terror der SA.-Nordabteilungen zur wachsenden Abwehrbewegung durch das Proletariat, zum Wachen der antifaschistischen proletarischen Organisationen führen. Aber dieser wachsende Widerstand des Proletariats, die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter gegen den Faschismus mußte in der Konsequenz sich zum Kampf gegen die gesamte Offensive der Bourgeoisie ausweiten. Schon liegen eine Unmenge Beispiele dafür vor, daß im Kampf gegen den Nordfaschismus die von der Sozialdemokratischen Partei herbeigeführte Spaltung der Arbeiterklasse liquidiert wird und kommunistische, parteilose und sozialdemokratische Arbeiter gemeinsam gegen den Nordfaschismus kämpfen. Ist erst einmal auf einem Gebiet der täglichen Kampfes die proletarische Einheitsfront hergestellt, haben erst einmal die Arbeiter sich davon überzeugt, daß sie stark sind im Kampfe, daß eine Einheitsfront des Proletariats im Kampfe möglich ist, dann besteht für die Bourgeoisie die sehr große Gefahr, daß diese praktischen Erfahrungen von den Arbeitern auch angewendet werden im Kampfe gegen den Lohnraub, gegen den Abbau der Erwerbslosenunterhaltungen, gegen alle politischen Entscheidungen. Diese Gefahr verleiht die Bourgeoisie abzuweichen, indem sie einerseits der Sozialdemokratie ein neues betrügerisches Argument des „Erfolges“ ihrer Politik in die Hand gibt, andererseits einen Kampf gegen die Terrorbanden des Faschismus vorbereiten. Deshalb wird in der Begründung gesagt, daß die SA. verboten worden sei, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Brüningregierung ist anhersehend, selbst wenn sie den Willen dazu hätte, etwas Ernsthaftes gegen den Hitlerfaschismus zu unternehmen, ebenso wie die Sozialdemokratie unfähig ist, den Kampf gegen den Faschismus zu führen. Alle Bedingungen, unter denen sich die Massenbewegung des Hitlerfaschismus entwickelt hat, bestehen weiter. Diese Bedingungen sind aber die kapitalistische Krise, die durch die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems verschärft wird; die Herrschaft des Finanz- und Monopollkapitals. Die Willkür der mittelständlichen Existenzen vernichtet, große Massen der Angehörigen zur Erwerbslosigkeit verurteilt, ihnen jede Möglichkeit nimmt, im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems ihr kleinstädtisches Existenz weiter aufrechtzuerhalten. Die Politik der Brüningregierung, die eine Regierung der Diktatur des Großkapitals ist, treibt diese kleinstädtischen Schichten in die Arme der vom Finanzkapital ausgehaltenen faschistischen Agenten vom Schlage Hitlers. Die Verdrängungspolitik der Sozialdemokratischen Partei, ihr Partieren mit der Bourgeoisie und ihr Preisgeben der Arbeiterinteressen ermöglicht den faschistischen Agenten der Bourgeoisie eine platte, ontmaristische, demagogische Agitation gegen den Kampf der Arbeiterklasse, gegen den Marxismus und Sozialismus schlechthin.

Das Elend, das das Finanz- und Monopollkapital durch die überhöhte Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse, durch die massenhafte Vernichtung der mittelständlichen Existenzen erzeugt, gibt den Nationalsozialisten ebenso die Möglichkeit zu einer demagogischen „sozialen“ Agitation, liefert ihnen die Schlagmarke von „Kampf gegen das Finanzkapital“, „Brechung der Finanzherrschaft“, „gegen das raufende Kapital“, gegen das System usw. usw. Die Tatsache endlich, daß die Sozialdemokratische Partei und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie durch ihren Einfluß in der Arbeiterklasse bisher einen wirkungsvollen Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie verhindert haben, daß infolge dieser Politik des Streikbruchs die Bourgeoisie einen Aufschlag nach dem anderen gegen das arbeitende Volk durchzuführen konnte, das hat den Nationalsozialisten sogar die Möglichkeit gegeben, in bestimmte Teile des Proletariats, vor allem in Schichten der Erwerbslosen einzudringen und das Klassenbewußtsein dieser Gruppen des Proletariats zu kränken.

Zusammenstöße Streitender mit der Polizei

Wüste Attacken der Gendarmerie gegen die streikenden Gogoliner Pflichtarbeiter — Pflichtarbeiter setzen sich in den Straßen gegen den Polizeiterrort zur Wehr — Verhaftungen streikender Pflichtarbeiter

Gogolin, 10. April. (Eig. Drahtber.) Am 10. April, nach ca. mittags 9 und 10 Uhr kam es zwischen streikenden Pflichtarbeitern und der Gogoliner Gendarmerie vor dem Haus von Gemeindeführer an der Straße ... Die Gogoliner Pflichtarbeiter setzen sich in den Straßen gegen die wüsten Attacken der Gendarmerie zur Wehr. Die wüsten Attacken der Gendarmerie gegen die streikenden Pflichtarbeiter ...

Am 11. April, nach 11 Uhr, haben die Gogoliner Pflichtarbeiter im Zentrum der Gogoliner Gegend ...

Und zwang man einen gewissen Teil der Streitenden zur ... die aber jetzt wiederum in der Streikfront stehen.

Die Gogoliner Gegend ...

In Gogolin ...

Erfolgreicher roter Volksentscheid in Oldenburg

Oldenburg, 18. April. (Eig. Drahtber.) Der gestern im Freistaat Oldenburg durchgeführte rote Volksentscheid führte zu einem glänzenden Erfolg. Insgesamt wurden abgegeben 125 365 Ja-Stimmen und 5796 Nein-Stimmen. Da die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet, ist der Landtag in Oldenburg aufgelöst. Die Neuwahlen werden voraussichtlich am 9. Mai stattfinden. Bei dem Volksentscheid in Oldenburg lagen die Verhältnisse ähnlich wie bei dem im vorigen Jahre durchgeführten Volksentscheid in Preußen. Die sogenannte nationale Front hat selbstverständlich aus ganz anderen Motiven ebenfalls den Antrag auf Volksentscheid gestellt.

Dresden, 17. April. (Eig. Drahtber.) Der gestern in Sachsen durchgeführte rote Volksentscheid auf Auflösung des Landtages ergab 1 318 042 Ja-Stimmen und 3 442 Nein-Stimmen. Da in Sachsen insgesamt 3 664 047 Wahlberechtigte vorhanden sind, erfolgt nicht die Auflösung des Landtages. In Sachsen lagen die Verhältnisse ähnlich wie in Oldenburg. Den Kampf im Volksentscheid führte die KPD.

SPD. bewilligt Nazi-Bührer Riefenpenfion

Der bisherige Dresdener Bürgermeister Führer, der bekanntlich vor wenigen Wochen von der SPD. in die NSDAP. übergetreten ist, wurde auf dem Wege eines Disziplinarverfahrens wegen schmutziger Geldgeschäfte seines Amtes enthoben. Jetzt ist er auf Beschluß sämtlicher Fraktionen des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums mit Ausnahme der Kommunisten mit einer lebenslangen Rente von 500 Mark pro Monat pensioniert worden. Die SPD.-Fraktionen haben ihren ehemaligen Parteigenossen, den Nazi-Bührer, nicht im Stich lassen wollen. In der Unterjüngung der kapitalistischen Korruption hatten sich NSDAP. und SPD. die Waage.

Sowjetunion an zweiter Stelle im Hamburger Güterumschlag

„Eine Nase in der Wüste der allgemeinen Arbeitslosigkeit“
Aus einer Statistik des statistischen Landesamtes Hamburg (ein monatliche Veröffentlichung) ergibt sich, daß die Sowjetunion im Hamburger Wareneinfuhr seit Januar 1932 an die zweite Stelle gerückt ist, während sie noch vor neun Monaten an zwölfter Stelle stand. Für die Erledigung der russischen Aufträge mußte in der letzten Woche ein neuer großer Umschlag im Betrieb genommen werden. Ein Teil der am 1. März in Hamburg ...

Da die Bedingungen für das Wachen der faschistischen Massenbewegung weiter bestehen und nur durch den Klassenkampf der Arbeiter beseitigt werden, wird auch der Hitlerfaschismus als Massenbewegung weiter existieren und die Bourgeoisie wird alles tun, um ihn zu fördern, weil er eine wichtige Stütze für sie ist, um ihre Ausbeutereiherlichkeit aufrechtzuerhalten.

Die deutsche Bourgeoisie befindet sich auf Grund des Weltkrieger Systems in einer ungünstigen Lage als die anderen imperialistischen Mächte. Sie ist gegenüber diesen Mächten auf Grund des Versailles Systems, das sie zur Zahlung von Reparationen, zur Annahme von Anleihen und Krediten gezwungen hat, in finanzielle und politische Abhängigkeit geraten. Die kapitalistische Krise hat die internationale Lage der deutschen Bourgeoisie kompliziert. Die Abziehung der Kredite und der anderen angelegten Gelder durch die ausländischen Kapitalisten in eine politische Waffe geworden. Eine Waffe, die vor allem der französische Imperialismus in seinem Kampf um die Hegemonie in Europa anwendet, und deren Spitze die deutsche Bourgeoisie auch jetzt wieder bedroht, da erstens das Stillhalten (die Beibehaltung der Auslandskapitalisten, keine Kredite abzugeben) bald abläuft, zweitens die protektionistische Schutzpolitik der deutschen Bourgeoisie zu einem Volkstriebe geführt hat und die anderen imperialistischen Mächte, vor allem Frankreich, mit „Belegungsmaßnahmen“ drohen. Das Gesamtinteresse der deutschen Bourgeoisie erfordert also bestimmte „Konzeptionen“. Eine solche Konzeption ist die Maßnahme gegen die SA. des Hitlerfaschismus. Die Brüningregierung dokumentiert damit gewissermaßen den Willen der deutschen Bourgeoisie, alle Verpflichtungen des Versailles Systems zu erfüllen.

Aber das bedeutet nicht, daß die Bourgeoisie darauf verzichtet, innen- und außenpolitisch den Hitlerfaschismus weiter als Stütze zu benutzen. Im Gegenteil. Die Bourgeoisie wird außerdem ihren „Kampf“ gegen die SA. gleichzeitig benutzen, um noch brutaler gegen die Arbeiterklasse und die revolutionäre Führung, die Kommunistische Partei, vorzugehen. Der faschistische Terror wird durch das Verbot der SA. nicht eingeschränkt. Er wird bei der Verhärtung der allgemeinen Situation der Bourgeoisie, die mit der Vertiefung der Krise unweigerlich eintritt, neue und höhere Formen gegen das Proletariat annehmen. Die Bourgeoisie schafft sich durch das SA.-Verbot „demokratischen“ Vorwand, ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei zu steigern. Schon jetzt fordern offen die bürgerlichen Blätter, die mit dem Verbot der SA. nicht einverstanden sind — und es sind vor allem

„zeiger“ sieht sich angesichts dieser Entwicklung gezwungen, folgendes zu schreiben:

„Hier ist eine Nase in der Wüste der allgemeinen Arbeitslosigkeit.“ Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Hamburg nur ein Teil des Güterumschlages der deutschen Ausfuhr nach der Sowjetunion erfolgt.

Das Beispiel zeigt, daß nur der Kommunismus Arbeit schafft, der Kapitalismus dagegen nur immer größere Arbeitslosigkeit bringt. Den bolschewistischen Weg sollen wir erkämpfen! Arbeiter, stimmt für die Kommunistische Partei!

Die Berichte vom Reichserwerbslosentag

müssen noch am gleichen Tage geschrieben werden und so zur Abendung kommen, daß sie der Redaktion am Mittwoch früh vorliegen.

Munition für die tschechischen Bergarbeiter

Die Genossin W. vom Stadtteil Breslau-West hat innerhalb weniger Stunden für die tschechischen Bergarbeiter 720 Mark gesammelt und das Geld sofort abgerechnet, um weitere Munition heranzuschaffen. Wo bleiben die Stoßbrigaden der NSD.? Wo bleiben die guten Werbergebnisse der anderen Stadtteile und der Provinz? Genossen, die tschechischen Bergarbeiter führen einen heroischen Kampf, und unsere Pflicht ist es, sofort die gesamten Kräfte zu mobilisieren, damit die Bergkumpels den Sieg an ihre Fahnen heften können.



die Blätter, die die aggressiven zollprotektionistischen Interessen der Schwerindustriellen und Großagrarier vertreten — im Zusammenhang mit dem Verbot der SA. schärfere Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei.

„Es ist“ — so schreibt die „Börse-Zeitung“ — „notwendig, festzustellen, daß diese Erscheinungsformen (die SA. — P. L.) die natürliche Reaktion eines vom Reich und ganz besonders von gewissen Ländern geschonten und sehr behütet behandelten Unkristallisations gewesen sind ... der auch heute noch keine Organe feiern darf.“

Es ist kein Zweifel, daß die Brüningregierung auf diese „demokratische“ Weise den Weg frei macht zu einer noch schärferen Unterdrückung der Arbeiterklasse, wobei die Bourgeoisie in ihrer Gefamtheit damit rechnet, die Offensive gegen das Proletariat, gestützt auf die Massenbewegung des Hitlerfaschismus und seine illegalen Terrorbanden, gestützt auf ihren getreuen Elchord, die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, auch in Zukunft mit Erfolg durchführen zu können. Für den Fall aber, daß es sich als notwendig erweisen sollte, besondere legale terroristische Formationen des Faschismus neben dem staatlichen Machtapparat zur Niederschlagung der Arbeiterklasse aufzustellen, wird die Bourgeoisie nicht zögern, solche Formationen zu bilden, wie sie sie früher mit Hilfe der Sozialdemokratie in Form von Sicherheitswehren, Zeitfreiwilligenregimentern usw. aufgestellt hat.

Das System der faschistischen Unterdrückung wird durch das Verbot der SA. nicht gemildert, sondern in der Folge verhärtet. Das ist die Schlussfolgerung, die das Proletariat unmittelbar aus dieser Maßnahme der Bourgeoisie zu ziehen hat.

Das Proletariat ist die einzige Kraft, die den Faschismus schlagen kann.

Der Kampf gegen den Faschismus darf keine Minute abgezwängt, sondern muß verstärkt werden. Das Proletariat darf sich keinen Augenblick durch das Verbot der SA. einschließen lassen, sondern muß seine Wachsamkeit im Kampfe gegen den Faschismus, im Kampfe vor allem gegen den Hitlerfaschismus, erhöhen. Wer, wie die Sozialdemokratie, den Arbeitern einredet, daß Hindenburg-Brüning den Kampf gegen den Hitlerfaschismus führen, der hilft in Wahrheit der Bourgeoisie, der hilft dem Faschismus. Jetzt heißt es, erst recht Einheitsfront des Proletariats zum Kampf gegen den Faschismus. Diese Einheitsfront muß am 24. April ihren sichtbaren Ausdruck finden durch die Wahl von Kommunisten.

Breslau

Breslau, 18. April.

Senkt die roten Fahnen

Am Freitag erfolgte die Einäscherung unserer Genossin Maria Opens, Breslau, Elbingstraße 9, im Krematorium in Gräbchen unter Beteiligung der Stadtteile. Genosse Huber von der K.P. sprach in schlichten, ergreifenden Worten zu den Angehörigen und Versammelten. Er hob hervor, daß sie in der roten Front immer bereit war, an erster Stelle zu kämpfen. Ihrem Wunsch gemäß senkten sich die roten Fahnen unter den Klängen: „Brüder, zur Sonne zur Freiheit“. Ihre begeisterte Arbeitsfreudigkeit wird ihr im Stadtteil Nord ein dauerndes Andenken bewahren. Mit einem „Tat bereit!“ nahmen wir nochmals Abschied von unserer treuen Mitkämpferin. — Die Urnenbeisetzung findet heute mittag 12 Uhr statt.

Das nennt die Welt Gerechtigkeit

(Gefangenenkorrespondenz)

Die Akte eines neuen Ständals ist in dem Breslauer Strafgefängnis geschlossen worden. Der wegen schwerer sittlichen Verfehlungen von dem Schöffengericht in Glad zu 15 Monaten Gefängnis verurteilte Harter Herden aus Rüdres, ist nach Verbüßung von nur 7 Monaten, am 1. April aus der Strafkast entlassen worden. Man fragt hier wohl mit Recht: „Wo sind in diesem Falle die sittlichen Bedenken einer Aufsichtsführung geblieben, die man doch in den Konferenzbeschlüssen bei gewöhnlichen Strafbefehlen nur zu oft nachlesen kann?“ Es ist keineswegs übertrieben, wenn man behauptet, daß sich im Breslauer Strafgefängnis für Gefangene aus dem „besseren“ Milieu — und vor allem auch für die Jünger des „Dritten Reiches“ ein wahres Eldorado aufgemacht hat. Da werden Entlassungen und Beurteilungen befürwortet — während man auf der anderen Seite — ganz besonders dort, wo es sich um Kommunisten handelt, sich den Teufel um wirtschaftliche und soziale Belange kümmert. Wir erinnern an dieser Stelle nur an den Fall des Genossen Bernhardt, Strehlen. Dieser Fall zeigt nur zu deutlich, wie tief politisch infiziert der heutige Strafvolkzug seines Amtes waltet. Genosse Bernhardt bringt bereits sieben Monate im Anstaltslazarett zu. Körperlich und seelisch nur noch ein Wrak. Aber getreu dem Rezept für Kommunisten:

„Den Kopf unter dem Arm und den Totenschein in der Hand“, läßt man diesen Genossen mit so vielen anderen aus unseren Reihen den Weidenweg der trockenen Gräberlei schreiten. Und da erdreißt man sich in der Öffentlichkeit, noch von Gerechtigkeit und humanen Strafvollzug zu reden. Der Strafvollzug von heute, ist alles andere, als human — er ist das Instrument einer schandwürdigen Klassenjustiz.

Der Papst ruft zum heiligen Krieg gegen die Sowjetunion

und wir rufen: Rote Einheitsfront gegen Kulturreaktion, Klassenkrieg, für ein rotes Preußen

Darüber spricht Genosse Rektor Max Felsen in der öffentlichen Versammlung am Mittwoch, dem 20. April, um 20 Uhr, im „Bergteller“. Rezitationen der Spieltruppe der „Ja“. Massen heraus! Eintritt: Kollarbeiter 30 Pfennig, Erwerbslose 15 Pfennig.

Kampfgemeinschaft proletarischer Freidenker.

Der Sprechsaal der Tante von der Weidenstraße

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ genannt die Tante von der Weidenstraße, die ihre vollbusigen Spalten immer offener den Nazis zuneigt, hat einen sogenannten Sprechsaal, in dem allgemein interessierende Probleme unter den Lesern diskutiert und behandelt werden. Was ist nun allgemein interessierend in dieser Zeit der Wirtschaftskrise und des Massenelends? Orientieren wir uns darüber in den Spalten des Sprechsaales. Ein schwieriges wochenlang diskutiertes Problem „Dürfen Karussells in der Nähe von Friedhöfen liegen?“ ist ein Zeichen dafür, in welchem hohen Maße die Weidentante die Notwendigkeiten und Bedürfnisse des täglichen Lebens erkennt und schildert. Auch „das knurrende Parfett“ des Lobtheaters erweckt in den Reihen der WM-Leser starken Widerhall, obgleich es einen Vergleich mit den knurrenden Wägen der Rohlfahrtsrwerbslosen bestimmt nicht anhalten kann. Neben einem starken Raucher, der sich darüber beschwert, daß die Zigaretten unhygienisch in der Schachtel liegen, verbreitet sich ein anderer Einfelder darüber, daß die Gartenbänke in den Promenaden beschmutzt seien, weil die Kinder darum und darauf spielen. Geht doch den Arbeiterkindern Spielplätze, dann werden sie nicht an Promenadenbänken spielen.

Wenn wir uns diese „Lebensfragen“ der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ und ihrer Leser ansehen, so müssen wir uns die Preisfrage vorlegen, wer mehr am Gehirnschwund leidet, die WM-Leser oder deren Redaktion. Obgleich zweifellos eine gewisse Geisteschwäche dazu gehört, den Skandalanzeiger jetzt noch zu lesen, gibt es doch zweifellos Einfelder, die wichtigere Fragen erörtern möchten. Es ist anzunehmen, daß diese Fragen der Redaktion zu gefährlich und verhängnisvoll erscheinen. Sie machen am liebsten im harmlosen Hirnbrei Witzparolen und Skandalgeschichten. Deshalb auch der Kampf gegen die Wochen- und Standalpresse; wozu braucht man die Standalpresse, dafür sind doch die „Breslauer Neuesten“ da. Aber wer ein Klassenbewußter Arbeiter ist, der liest keinen General- und Standalanzeiger, sondern sein Kampforgan, die „Arbeiter-Zeitung“. Jon.

Kommunisten ans Ruder!

Kämpft für ein rotes Preußen im freien sozialistischen Rätedeutschland!

Sonnabend, den 23. April, heraus zur Massenversammlung um 20 Uhr in allen Sälen und im Garten des „Lunapark“. Es spricht der Spitzenkandidat des Wahlkreises Breslau: Genosse A. Sandtner

Es wirken mit die besten Breslauer Agitprop-Spieltruppen, Kapellen, rote Sportler. Arbeitende 30 Pfennig, Arbeitslose 15 Pfennig. — Sichert euch Karten im Vorverkauf!

Der Vorverkauf hat begonnen bei allen Funktionären der Partei und Massenorganisationen und in den Geschäftsstellen: Bezirksleitung, Schichten der K.P., Wallstraße 13 — „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50 — K.O.D., Breite Straße 6/7 — Litvertrieb, Friedrich-Wilhelm-Straße 59 — Rote Hilfe, Freiheitsgasse 2 — M.H., Friedrich-Wilhelm-Straße 45 — Kampfbund gegen den Faschismus, Friedrich-Wilhelm-Straße 45 — Internationaler Bund, Freiheitsgasse 2 — Verband proletarischer Freidenker, Ohlauer Straße 1.

Kampfkundgebung der Breslauer Erwerbslosen für Arbeit, Freiheit und Brot am Reichserwerbslosentag

Dienstag, den 19. April, um 18 Uhr, auf dem Neumarkt.

Antritt der einzelnen Stadtteile um 17 Uhr. Nord: Schießpulverplatz am Kleinbahnhof. — West: Strigauer Platz. Zentrum: Wallstraße, am Königsplatz. — Nordost: Pilsch, Ede Wollstraße. — Süd: Friedrichsplatz, an der Gräbchener Straße. — Ost: Königsgräberstraße. — Tischanisch: Antreten um 16 Uhr am Lutzenplatz. Nach der Kundgebung gemeinsame Demonstration. Dieser Aufmarschplan ist der Regierung zur Genehmigung vorgelegt.

Eine Breslauer Arbeiterin antwortet

Breslau. Vor einigen Tagen veröffentlichten wir einen Artikel einer Ohlauer Arbeiterin und forderten die Arbeiterinnen auf, dazu Stellung zu nehmen und uns ihre Meinung einzusenden. Eine Breslauer parteilose Arbeiterin hat uns bereits nachfolgende Zuschrift zugesandt, die wir heute veröffentlichen. Wenn wir fordern wir alle Arbeiterinnen auf, sich an der Diskussion zu beteiligen, insbesondere auch zu dem Ergebnis der Präsidentenwahlen und zu der am 24. April stattfindenden Reichstagswahl Stellung zu nehmen.

Der Ohlauer Genossin zur Antwort

„Wo der Mann steht und kämpft, dorthin gehört auch die Frau.“ Das ist sehr richtig, Genossin. Aber darauf zu warten, bis der Mann die Frau auffordert, mit ihm zu gehen und zu kämpfen, das wäre falsch. Viele Männer — darunter auch gute Kommunisten — sind im Rahmen ihrer Familie nichts als Kleinkindstroläcker und haben das größte Interesse daran, die Frauen möglichst nur in der Hauswirtschaft festzuhalten.

Die Frau, die nur in ihren häuslichen Pflichten aufgeht, kann niemals eine Klassenkämpferin werden. Nur wer aber das soziale Klassenbewußtsein, sie geht für sich selbst in die Demonstrationen, reißt sich von selbst bei Demonstrationen mit ein. Die Frau, die erkennt, daß ihr der Kommunismus die Befreiung von der drückenden Armut bringt, steht auch im Kampfe um diese Befreiung nicht abseits, auch wenn sie nicht einzelnerweise Partei ergreift ist.

Auch sie will Aufklärungsarbeit leisten, deshalb ist es ihr selbst, sei es in Versammlungen, Schulungsabenden oder zu Hause

durch Literatur und Schriften von Marx und Engels. Arbeiter-Bibliotheken gibt es heute schon fast in jeder Stadt, die diese Bücher für wenige Pfennige leihen. Die paar Groschen für die Zahlung der Frau bringt sie ganz bestimmt zusammen. Ich selbst habe mir das Geld schon oft für Versammlungen, Schulungsabende usw. bei kommunistischen Genossinnen und Genossen borgen müssen; aber mäßig konnte ich es immer machen, man muß nur das geliehene Geld auch wieder zurückgeben. In besonderen Fällen kommen kommunistische Bildungsorganisationen den Lernenden gern entgegen durch Zumbildung oder Streichung der Kursgebühren.

Wacht nun der „Chegatte“ Verhaltens, so muß sich die Frau in solchen Demonstrationen mit ihm auseinandersetzen. Ist dies jedoch nicht möglich wie bei meinem Mann, so muß sie trotzdem unbeirrt ihren Weg gehen. Das eine gut Naturierende Frau für Aufklärungsarbeit zu leisten vermag, läßt sich im Rahmen dieses Artikels leider nicht alles sagen. Diese Arbeit darf sich keinesfalls auch nur auf Arbeiterinnen erstrecken, sondern sie muß auch auf beamtete Personen ausgedehnt werden.

Wir leben in einer Zeit, wo der Sozialismus seiner Verwirklichung entgegensteht, und wenn es bei uns eines Tages heißen wird: „Auf zum letzten Kampf!“, dann werden auch nicht wenige von denen unter uns sein, die mit uns in die Schlacht ziehen werden. Ihre und ihre Straße gilt es durch unermüdete Aufklärungsarbeit für die kommunistische Idee zu gewinnen.

D. W., Breslau, Paulstraße.

Kollegen der Firma T. Z. Heinze beschließt Kampfmaßnahmen

Sichert euren Lohn durch Kampf — Schafft das Kampfbündnis mit den Kollegen von Coementhal

Brieg. Aus der „Roten Laterne“, der Zeitung der K.P.D., entnehmen wir einen Bericht über den arbeitslosen Vorkampf bei der Geschäftsbücherei-Fabrik T. Z. Heinze. Nach diesem Bericht hat am Mittwoch, dem 6. April, die Betriebsversammlung der Betriebs-gemeinschaft stattgefunden, in welcher mit 100 gegen 10 Stimmen der Vorkampf von 5 Prozent für die Tagelöhner und 10 Prozent für die Akkordarbeiter gestimmt ist.

Der Vorsitzende der Betriebsgemeinschaft, genannt der rote Pate, machte den anwesenden Arbeitern und Arbeiterinnen einen eingehenden Bericht über den Vorkampf und die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber. Er redete den Anwesenden vor, daß, falls die Betriebsgemeinschaft einvernehmlich sei, Entlassungen vorgenommen werden könnten. Nach der Methode des „Kommerziellen“ wurde es jedoch bei weitem an humaner als gut sein Vorkampf zu haben, weil die Vorkämpfer nicht in die Kasse.

Der Kampfwille wächst

Die Betriebsgemeinschaft denkt schon an den Vorkampf. Die Diskussion, in welcher mehrfach angedeutet wurde, den Vorkampf mit Streik zu beantworten. Die Wahl einer Streikleitung wurde gefordert, und die von den Kollegen erwartete Abstimmung über diesen Antrag ergab, daß 45 Kollegen zum Anschließen waren. Von den Lohnarbeitern und die Ausbeutung entsetzt von sind. Es war bei die Speichellecker des Kapitals im Kaufschlag ins Gewicht. Von den 140 anwesenden Kollegen und Kolleginnen forderte ein Drittel die sofortige Aufnahme des Kampfes. Dieses Ergebnis ist um so beachtlicher, wenn man weiß, in welcher häßlichen Weise sich das Betriebsleben in dieser Ausbeuterhölle der Firma T. Z. Heinze abspielt.

Das war der erste Partisch der oppositionellen, revolutionären Kollegen und Kolleginnen, zu dem wir behaupten möchten, daß die übrigen Kollegen (die Betriebsgemeinschaft zählt ungefähr 200 bis 300 Personen) auch nicht mit den Lohnarbeitern-Maßnahmen der Betriebsgemeinschaft einverstanden sind und deshalb auch der Versammlung fernblieben.

Kollegen, durch den Kampf sichert ihr euren Lohn

Die Kollegen müssen nun jetzt den Kampf in ihre eigenen Hände nehmen, sie dürfen sich durch die Maßnahmen dieser geldhungrigen Bürokraten vom Kampf nicht abhalten lassen. Aus der Mitte der Betriebsgemeinschaft heraus muß die Kampfleitung gewählt werden. Das zahlenmäßige Abstimmungsergebnis darf keinesfalls entscheidend sein. Soll der Kampf gegen die lohnraubende Unternehmerrichtigkeit gelingen, dann müssen erst die sozialen Hauptstützen geschlagen werden, das sind in diesem Falle die Penze und Konforten, die Zuhälter der

Firma T. Z. Heinze. Diese Maßnahmen müssen die Kolleginnen und Kollegen zur Verbindung mit der Betriebsgemeinschaft von Coementhal annehmen. Auch hier gilt es, die oppositionellen Kollegen zusammenzufassen und einen Kampfbündnis zu bilden. Nur durch den revolutionären Ausweg, den Streik, wird die Arbeiterklasse die lohnraubenden Ausbeuter der Unternehmerrichtigkeit abschlagen. Die Kampfmaßnahmen müssen starr durchgeführt werden und es unter den in der Papierverarbeitungs- und Briefbehaftigten Kollegen propagieren und sie zum Kampf mobilisieren. Nicht abwarten, bis der Lohnraub durchgeführt ist, sondern sofort zum Gegenstoß ansetzen. Nur dadurch wird sich die Arbeiterklasse ihren Lohn und ihre Rechte sichern.

In diesem Zusammenhang müssen wir in bolschewistischer Selbstkritik auf die Haltung der Brüder K.O.D. und Parteifunktionäre hinweisen, die in dem Bericht der „R. L.“ noch von einem Siege der Penze und Konforten sprechen und keinerlei konkrete Kampfmaßnahmen den Betriebsarbeitern zeigen. Sie bringen damit zum Ausdruck, daß sie die Rolle der K.O.D. und der Partei im revolutionären „Kampfbündnis“ verfehlen. Genossen, nur durch euer entschlossenes, fähiges und zielklares Auftreten und Handeln wird es möglich sein, die Arbeiterklasse in den außerparlamentarischen Kampf zu führen. Die beste Gelegenheit zur Mobilisierung dieses Kampfes bietet die Reichstagswahl am 24. April. Schafft Massenstimmungen, werbt rote Wahlhelfer, verbindet die Parlamentswahl mit dem außerparlamentarischen Kampf und ihr schafft damit die Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse.

Veranstaltung nur den politischen K.O.D. und Parteifunktionäre hinweisen, die in dem Bericht der „R. L.“ noch von einem Siege der Penze und Konforten sprechen und keinerlei konkrete Kampfmaßnahmen den Betriebsarbeitern zeigen. Sie bringen damit zum Ausdruck, daß sie die Rolle der K.O.D. und der Partei im revolutionären „Kampfbündnis“ verfehlen. Genossen, nur durch euer entschlossenes, fähiges und zielklares Auftreten und Handeln wird es möglich sein, die Arbeiterklasse in den außerparlamentarischen Kampf zu führen. Die beste Gelegenheit zur Mobilisierung dieses Kampfes bietet die Reichstagswahl am 24. April. Schafft Massenstimmungen, werbt rote Wahlhelfer, verbindet die Parlamentswahl mit dem außerparlamentarischen Kampf und ihr schafft damit die Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse.

Am Sonnabend, dem 16. April, verschied nach schwerer Krankheit unsere treue Genossin
Jda Kirschke
Sie war stets eine treue Mitarbeiterin im proletar. Klassenkampf. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten. Alle Organisationen treffen Dienstag, den 19. 4. um 9.30 Uhr an der Unteren Promenade an, um der Verstorbenen das letzte Geleit zu geleiten.
Ortsgruppe Hirschberg (Rsgb.) der I.A.N. und R.N.

LIEBICH

Täglich 8¹⁵, Sonntags auch 4¹⁵
Gastspiel

Marla Paudler
Ad. Wohlbrück
Ernst Verebes

Eise Kupfer mit groß. Ensemble
in

Poppina

Operette in 3 Akten v. R. Oesterreicher
Musik: Robert Stolz
Musik. Leitung: Kapellm. W. Hochtritt
im Zwischenakt:

Die große Frühjahrs-
Moden-Revue
der Firma Rudolf Petersdorff

Keine erhöhten Preise: 0,50 bis 2,00
Vorverkauf ab 10 Uhr — Telefon 34646

Der Schürmwerfer

Hitler riecht nach Tabak

Amerikanische Reklame — Zigaretten gefällig — Der neueste Wahlwitz

Ich hatte einen Bekannten in Amerika. Er war ganz heruntergekommen. Er hatte kein Obdach und pflegte auf der Bowery zu übernachten und auf den Straßen Zigarettenmümmel aufzuklauben. Mit mir geht's immer abwärts, pflegte er mir zu sagen. Arbeit finde ich keine und außerdem habe ich mir auch schon das Arbeiten abgewöhnt. Du weißt übrigens, daß Arbeit nie meine starke Seite war.

Monate waren vergangen. Eines Tages begegnete ich ihm auf Broadway, an einem der belebtesten Punkte New Yorks. Ich hatte ihn kaum erkannt. Elegant angezogen, mit einem schönen Spazierstock in der Hand und sein Gesicht drückte Zufriedenheit aus. Er war zufrieden mit sich und der Welt.

„Da staunste, was? Hast mich wohl kaum erkannt?! Ich habe eine gute Beschäftigung gefunden, verdiene hundert Dollar wöchentlich.“

„Wo arbeitest du denn?“
„Arbeiten? Nee — Ich bin bei der Versicherungsgesellschaft angestellt. Meine Aufgabe ist es, Schaufenster großer Firmen einzuschlagen.“

„Was hat denn die Versicherungsgesellschaft für ein Interesse am Einschlagen von Schaufenstereisen?“

„Es ist eine Abmachung zwischen den Versicherungsgesellschaften und den großen Kaufhäusern. Damit sich viele Menschen vor den Schaufenstern ansammeln, ist es notwendig, daß etwas geschieht. Zu dem Zweck lassen sie durch bestimmte Gesellschaften, die angeblich Versicherungsgesellschaften sind, die Schaufenster einschlagen. Meine Aufgabe ist es, das Schaufenster so einzuschlagen, daß die Waren nicht herausfallen. Die Leute sammeln sich vor dem Schaufenster an und das Warenhaus bekommt einen Zulauf.“

Auf die Weise profitieren beide. Sowohl die Versicherungsgesellschaften als auch das Warenhaus. Es ist die modernste Methode.“

Warum ich diese Geschichte erzähle? Unwillkürlich werde ich durch das Verbot der SA. an diese Geschichte erinnert. Es ist der seltsame Reklametrick. Für Hitler war die SA eine Belastung. Er

wollte sie loswerden. Die Sozialdemokratie benötigt einen Wahllichlager, benötigt sozusagen Zulauf. Und da läßt man die SA. verbieten. Und beide ziehen Profit. Hitler und die Sozialdemokratie. Hitler spielt sich als der Martyrer auf und die Sozialdemokratie als der Faschistenhater. Beides zusammen: amerikanische Reklame

Vor dem Amtsgericht Neuföln fand unlängst ein Prozeß statt, der einen Einblick in die Machinationen der bürgerlichen Presse gewährte. Ein entlassener Redakteur von Mosse verklagte die Firma wegen übler Nachrede. Der Direktor der Firma hatte nämlich behauptet, der Entlassene wäre ein Korruptionist. Der Kläger leugnete nicht die Tatsache der Korruption, wies aber eindeutig nach, daß er nichts anderes getan hat, als was bei Mosse und der gesamten bürgerlichen Presse gang und gäbe sei: nämlich für Firmen, die an die Zeitung gute Inserate vergeben haben, habe er im redaktionellen Teil Artikel veröffentlicht. Die Größe des Artikels entsprach

stets der Größe und der Summe des betreffenden Inserates der Firma. Wer ist der Geplottete? Der Leser. Er glaubt, einen ernstlichen Artikel zu lesen und inzwischen handelt es sich um nichts anderes als um ein Inserat oder um eine Reklame für die betreffende Firma. Das ist, wie gesagt, bei der bürgerlichen Zeitung eine Selbstverständlichkeit.

Da erschien unlängst im „Völkischen Beobachter“ ein Artikel über die Firma Keemtsma. Die Zigarettenfirmen kontrolliert ungefähr 91 Prozent der gesamten deutschen Zigarettenindustrie. Durch ihre Stellung in der Zigarettenbranche ist fast einer Monopolstellung gleichkommt, hat diese Firma zehn tausende Kleinhändler ruiniert. Gegen die Firma wurden allerhand Korruptionsbeschuldigungen erhoben und sie auch nachgewiesen, da sie an bestimmte Journalisten Bestechungssummen auszuzahlen pflegte.

Nun erschien im „Völkischen Beobachter“, in Hillers Leitungsorgan, ein Artikel über die Firma Keemtsma. Der „Völkische Beobachter“ stellte die Firma im Gegensatz zu anderen Firmen als eine arisch-deutsche Firma hin, und — damit die Leser des „Völkischen Beobachter“ an ihre „nationalen Pflichten“ erinnert werden — werden die Zigaretten der Firma Keemtsma einzeln aufgezählt und besonders gepriesen. Dies nicht etwa im Inseratenteil, sondern im redaktionellen Teil.

Hitler riecht also bedenklich nach Tabak. Und der „Völkische Beobachter“ wagt es noch, von der Journalaille zu sprechen, den anderen Zeitungen das vorzumerzen, was er in erster Reihe betreibt.

Der Wahlkampf ist nicht arm an Witz. Da sieht man z. B. ein Plakat: Steht zur Partei der Arbeit. Darunter hat offenbar ein Witzbold einen Streifen geklebt: und wählt sozialdemokratisch. Oder hat die Sozialdemokratische Partei sich selbst diesen Scherz erlaubt? ...

Wenn es kein Witz sein soll, dann muß es heißen: Steht zur Partei, die auch Arbeitslosigkeit sichert. ...

Kongreß für innere Medizin

Die bürgerliche Medizin befindet sich in einer Krise. Die schwer und ernst diese ist, kommt auf allen Tagungen der verschiedenen wissenschaftlichen Gesellschaften zum Ausdruck. Immer wieder wird hier betont, wie gefährlich die Zerstückelung in einzelne Spezialfächer, wie unzuverlässig die Ueberschätzung des Wertes der Laboratoriumsarbeit sei. Vergesse man doch über all dem Wuß der Hilfsanfertigungen, das Hauptaugenmerk auf den kranken Menschen zu richten.

Das war in großen Zügen auch der Inhalt des Kongresses der deutschen Gesellschaft für innere Medizin in Wiesbaden, die damit gleichzeitig ihr 50-jähriges Bestehen feierte. Als besondere Attraktion hatte man sich den Londoner Forscher Henry Dale verschrieben, der über die Giftwirkung körpereigener Stoffe im allgemeinen der „Hormone“ berichtete, die vor allem in der Beeinflussung des Blutkreislaufes besteht. In den Diskussionsreden kam zum Ausdruck, daß die Zeit nicht mehr fern sein könne, wo es durch Verabfolgung von genau dosierten Mengen derartiger künstlich hergestellter oder aus Tierorganen gewonnener Gifte gelingen müßte, alle Erkrankungen des Blutkreislaufes heilend zu beeinflussen. Gerade auf diesem Gebiete hat in den letzten Jahren ja die Forschung ganz wesentliche Fortschritte gemacht, seitdem es gelungen ist, den chemischen und physikalischen Untersuchungsmethoden die hierfür nötige Feinheit zu verleihen. Interessant war, wie

Professor Vollhard den Schlaganfall erklärte. Es sei nicht so, daß er lediglich durch Blutüberfüllung des Gehirns und der Gehirngefäße zustande komme, sondern dieses Blut leide vielmehr an starkem Sauerstoffmangel und dadurch schädige es erst die Gefäßwände derart, daß es zu der gefährlichsten Blutung ins Gehirn kommen könnte.

Am letzten Tage beschäftigte sich der Kongreß vor allem mit den Erkrankungen der Leber und der Gallenblase, einem Gebiet, das auch heute noch als ganz besonders schwierig und wenig erforscht gilt. Auch die Leber mit der Leber zusammenhängende Erkrankung sei immer als sehr ernst anzusehen, da ja die Leber eines der wichtigsten Organe für die Verdauung und für die Speicherung von zuckerähnlichen Stoffen darstelle. Mit der neuerdings so häufig vorgenommenen Gallenblasenoperation erklärte sich die Mehrheit des Kongresses nicht einverstanden; es müsse im Gegenteil zunächst alles versucht werden, um dieses für die Funktion der Leber so wichtige Organ möglichst lange zu erhalten, ehe man an die Operation herangehe. Nicht zu unterschätzen sei auch die seelische Veranlagung zu Gallen- und Lebererkrankungen. Daß dieser Zusammenhang im Volke schon längst bekannt war, er die Wissenschaften dafür die tatsächlichen Grundlagen fand. In solchen Fällen kann natürlich nur der Nervenarzt helfen.

Dr. S.

Ein neuer Vulkanausbruch in Chile

Santiago, 16. April. Nach amtlichen Mitteilungen der chilenischen Regierung haben die Vulkanausbrüche auf chilenischer Seite der Anden bisher keinerlei Menschenleben gefordert. Der Vulkan Planchon, der bisher vollkommen ruhig war, ist plötzlich in Tätigkeit getreten. Die Stadt Santiago wurde dabei von starken Erdstößen erschüttert.

Der neue Ausbruch des Vulkans Quizaba kennzeichnet die Bevölkerung der umliegenden Gebiete sehr stark. Breite Lavaströme fließen zu Tal. Auch andere Vulkane sind erneut in Tätigkeit getreten. Die Stadt Cordoba in Argentinien ist durch ein heftiges Erdbeben erschüttert worden.

Explosion im Wolkenkratzer

Neun Tote, 30 Personen unter den Trümmern

Columbus (Ohio), 15. April. In dem im Bau befindlichen neuen staatlichen Bürogebäude, das sechs Millionen Dollar kostet, einem Wolkenkratzer, ereignete sich eine schwere Explosion. Eine Wand wurde herausgedrückt. Neun Personen wurden getötet, 30 verletzt. Zahlreiche Personen sollen noch unter den Trümmern liegen.

Man vermutet, daß die gemeldete Explosion auf die Entzündung der im Erdgeschloß angeammelten Abwässer gale zurückzuführen ist. Die Feuerwehreinheiten besuchten, daß wenig Hoffnung besteht, die unter den Trümmern Begrabenen, deren Zahl auf 40 geschätzt wird, zu retten. Zur Zeit der Explosion befanden sich 126 Menschen im Gebäude.

Die Bergung kann mehrere Tage dauern, da das Gebäude sechs Fuß hoch mit Trümmern angefüllt ist. Die Explosion erfolgte mit solcher Wucht, daß Marmorblöcke 200 Meter weit in den benachbarten Fluß geschleudert wurden.

Fund einer 3000 Jahre alten Urne

Wien, 16. April. Aus Hollenburg wird berichtet: Ein Bauer in Thalern bei Krems hat auf seinem Acker eine gut erhaltene Urne ausgegraben, die 50 Zentimeter hoch ist und 18 Zentimeter im Umfang mißt und Gebilde enthält. Der Direktor des Museums in Krems schätzt das Alter der Urne auf ungefähr 3000 Jahre. Der Fund wurde in das Museum nach Krems gebracht.

111 Jahre alt geworden

In einem kleinen spanischen Dorf CeLi bei Santander in Spanien ist im Alter von 111 Jahren ein Mann gestorben, der nie in seinem Leben ein Auto oder einen Zug gesehen hatte. Er hinterläßt einen ganzen Schwarm von Enkeln und Urenkeln. Von seinen Söhnen sind die meisten vor ihm gestorben, aber das hat man ihm verheimlichen können, indem man ihm erzählte, sie wären ausgewandert. Der Verstorbene war im Jahre 1821 als neugeborenes Kind in einem Torbogen aufgefunden und als Findelkind von der Gemeinde aufgezogen worden.

Ungeheure Ueberschwemmungen

Viele ertrunken — Tausende obdachlos

(Zit.) Belgrad, den 15. April. Die Ueberschwemmungen in Südslavien nehmen immer gefährlichere Ausmaße an. Außer Save und Theiß ist jetzt auch die Donau über die Ufer getreten, so daß das Wasser von allen Seiten die Tiefebene im Norden des Landes überflutet. Das Wasser steigt so rasch, daß mehrere Dörfer nicht geräumt werden konnten. Das Schicksal der Bevölkerung ist ungewiß. Im Savegebiet mußten weitere 17 000 Menschen ihre Heimstätten verlassen, so daß jetzt die Zahl der Obdachlosen in diesem verhältnismäßig kleinen Abschnitt allein 32 000 beträgt. Der Wasserstand der Theiß ist um 1,5 Meter höher, als der seit Menschengedenken verzeichnete Höchststand. In ganz Südslavien fällt ununterbrochen Regen und Schnee. Mehrere zehntausend Menschen arbeiten fieberhaft an der Verstärkung der Dämme.

Budapest, 15. April. Die Situation im Szegeder Stadtgebiet ist noch immer kritisch, da die Theiß weiter im Steigen begriffen ist. Der Fluß wird die ganze Nacht hindurch taghell beleuchtet, so die Kontrolle seiner Bewegungen zu ermöglichen. Die wichtigsten Gebäude in der Stadt werden von Erdaufschüttungen umgeben, um vor dem Überfluten geschützt zu werden.

In Wien haben der Ueberschwemmungsstaatsrathe insgesamt sechs Personen zum Tode, doch behält gegenwärtig für die Stadt und Umgebung kein weiteres Gefährde mehr. In Mischolcz stehen fünfzigtausend Joch Land unter Wasser.



Aus dem ungarischen Ueberschwemmungsgebiet

Einige Ortschaften sind überschwemmt, Menschenopfer sind bisher nicht zu beklagen. Der Materialschaden ist jedoch sehr groß.

Budapest, 15. April. Die Ueberschwemmung im Donaugebiet dauert an. Einige Dämme, die bisher das Hochwasser vom rumänischen Ufer fernhielten, sind geborsten, und riesige Wassermengen haben das rumänische Gebiet überflutet. Dreihunderttausend Ortschaften sind unter Wasser, zahlreiche Häuser wurden völlig vernichtet. Bisher wurden elf Tote geborgen.

Für die Erwerbslosen ist kein Geld da!

Am 13. März taute in Langenöls eine Gemeindevertretersitzung. Unter anderem war auch ein Antrag der Erwerbslosen von Langenöls zu besprechen, in dem man eine Überbrücke für sämtliche Erwerbslose des Ortes forderte. Außerdem für Wohlfahrtsplaner je ein ...

Der Herr Gemeindevorsteher wies bei Besprechung des Antrages gleich darauf hin, daß man irgendwelche Zugeständnisse nicht machen kann, und nur Ablehnung in Frage käme, was auch nach kurzer Debatte erfolgte, ohne weitere Wortmeldungen der Gemeindevorsteher zu beachten.

Der Gemeindevorsteher erklärte außerdem, daß dieser Erwerbslosen-Ausschuß, der die Anträge eingereicht, nicht anerkannt werden konnte, da er nur von 60 Erwerbslosen gewählt worden sei und im Ort doch weit über 500 Erwerbslose sind.

Ebenso konnte der Gemeindevorsteher Elger es sich nicht verheißeln, mitzuteilen, daß ja überhaupt ein Erwerbslosen-Ausschuß des NSDAP bestche, hinter dem 1000 (tausend) Gewerkschaftler stehen.

Den Herrn Elger möchten wir einmal fragen, wann und wo der Erwerbslosen-Ausschuß für sämtliche Erwerbslose des NSDAP gewählt wurde und wo sich die 1000 Gewerkschaftler befinden. Wir bezweifeln überhaupt, daß Elger auf seiner ganzen Zahlstelle noch 1000 organisierte Proleten aufzählen kann.

Wie man von seiten der SPD. bemüht ist, die Notlage der Erwerbslosen zu mildern, das beweist die Aussprache über den Antrag.

Es wurde u. a. gesagt: „Man müßte endlich einmal energische Maßnahmen ergreifen, um die prekäre Notlage zu lindern.“ Aber wie sieht die Hilfe aus?

Es wurde erklärt, man kann ja zum Beispiel ... Es wurde erklärt, man kann ja zum Beispiel ...

Wenn man in der „Wärmländer Postbote“ in dem Bericht über die Sitzung liest: „Man würde den Erwerbslosen etwas geben, wenn man was hätte.“ Und von den Herren der SPD. gesagt wird, „man könne mit diesen Anträgen höchstens Agitation betreiben.“

Der Kampf um eine bessere Zukunft ist nicht der Kampf eines Einzelnen, sondern einig und geschlossen, nur so werden wir uns Gleichberechtigung, wie es jedem Werktätigen zusteht, erkämpfen.

Wahlmaterial für ein rotes Preußen

- Achtung! Jede Ortsgruppe holt sofort vom Kurierort ab:
Wahlplakate Größe 12 und 6, Jugendplakat, Plakatenummern.
Flugblätter: „Landarbeiter- und Kleinbauernjugend“, „Jugendwähler“, „Hilfsmächler“.
Traktätschen: „Wir rufen euch zum Kampf“, „Frauen“, „Mein Einheitsfront der arbeitenden Jugend“.
Ausschreiben: „10 Fragen an SPD.-Arbeiter“.
Handzettel: „Mobilmachung der werktätigen Jugend“.

tafischen gegen die Arbeiter. Darüber hinaus haben sie absolut nichts zu befehlen.

SPD.-Prolet! Reibe dich ein in die Kampftruppe deiner eigenen Klasse, die Arbeiterklasse, und kämpfe unter Führung der KPD gegen Faschismus und Krieg, für Frieden, Freiheit, Arbeit und Brot! Außer dem Sozialismus!

Nazi- und SPD.-Presse in Polizeidiensten

Gottesberg. Nach dem ersten Wahlgang schrieb das Nazi-Wochenblatt von Schmierzinken, sowie auch die „Dreiwacht“, daß Angehörige der KPD die Häuser bemalt hätten mit dem Aufruf: „Wählt Thälmann!“ Diese Schmierzinken forderten sogar auf, daß die Einwohner sich bei der Polizei melden sollen, die dementsprechende Angaben machen können, um die verhassten Kommunisten zu bestrafen.

Deshalb hinaus mit diesen kapitalistischen Lachplakaten, in die Arbeiterbewegungen gehört die „Arbeiter-Zeitung“. Schmeißt die rote Einheitsfront!

SPD.-„Sozialismus“

Freiwaldau. Ich fühle mich veranlaßt, einige Dinge über Lehrer John mitzuteilen. Dieser Herr hat den Kindern einen Auftrag aufgegeben: „Was machen die Faulen im Winter“ und „Wie werde ich reich?“ Bei ihm sind die sechs Millionen Erwerbslosen, faule, nichts taugende Menschen.“ Dieser Herr ist jetzt am 1. April 1932 nach Rothwasser vertrieben worden.

Ehrenerklärung

Ich, von mir im August 1931 in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ unter der Signatur „Zigarren“ für den Herrn Gewerkschaftssekretär gemachten Angaben erkläre ich hiermit für unwahr. Es trifft nicht zu, daß der Gewerkschaftssekretär Kieger bei den Verhandlungen mit den Herren Direktoren Zigarren entgegenkommen hat, auch sind ihm keine von mir überbracht worden.

Ich nehme daher die beleidigenden Äußerungen gegen die Herren Kieger und Schulz unter dem Ausdruck des Bedauerns hiermit zurück. gez. Hermann Wolf, Zagau, Halbaner Straße 32.

Glogauer SPD.-Führer fürchten Abrechnung der Erwerbslosen

Am 19. April marschieren alle Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen Schand- und Unterstützungsräub, für Arbeit und Brot

Glogau. Am Donnerstagnachmittag berief die SPD. eine öffentliche Erwerbslosenversammlung ein mit dem Thema: „SPD. oder KPD. — mit welcher Partei zum proletarischen Siege?“ Es sprach das verkommene Subjekt Michowitsch-Chernik, der von der SPD. Korruptionsgelder entgegennahm und deshalb die Reihen der KPD. verließ.

Erwerbslose Arbeiter, folgt nicht den verlogenen Kapitalisteneigen, die euch mit der „Politik des kleineren Übels“ so weit gebracht haben, daß uns heute schon bald das „große Übel“ erwirrt.

Hallo, Polizeipräsident Wende, Waldenburg!

Gottesberg. Ihnen dürfte bekannt sein, daß anläßlich der Beerdigung der zwei von Faschisten ermordeten Arbeiter in Zaaran der Ortsgruppe Gottesberg des kommunistischen Jugendverbandes am 1. Februar 1932. Bis heute befindet sich dieselbe noch in „Schuhhaft“.

Das Erziehungssystem im „Dritten Reich“

Görlitz. Am Montag, dem 11. April, ereignete sich im Stadtviertel in der Nähe des Parkhauses in den Abendstunden ein aufsehenerregender Vorfall. Ein etwa 12-jähriger Knabe war in seinem Spielplatz ein- bis zweimal auf die Anlagen getreten.

Menschen erst aufgehoben und von der Polizeiwache zum Arzt gebracht werden. Der Wüterich, ein Herr Direktor Hoeltje von der Maschinenbauhalle, konnte sich vor mir mit Wut über den angeblich erregten Ränge retten und wollte verschwinden im heißen Gewühl auf seinen deutschen Sieg, konnte jedoch von Passanten gekollert und der Polizei übergeben werden.

Die Nazis als Kampftruppe für Hugenberg

Grünberg. Frau v. Blomberg in Vattin bei Grünberg zahlt zu den aktiven Elementen in der Hugenberg-Partei. Tagtäglich ist sie auf Propagandareisen und bewirkt mit Parteiliebe allein banern und Häuser als Versammlungsorte.

Also Frau v. Blomberg bestätigt hier das, was Genosse Thälmann auf dem Jahreskongress des NSDAP über die Rolle der Hugenberg-Partei gesagt hat. Die Nazis bilden die Massenbasis für Hugenberg, den schwerreichen Kapitalisten und Einzelhändler in Hugenberg.

SPD.-Führer verkriechen sich vor dem Naziterror

Eine Mahnung an alle SPD.-Arbeiter

Um den Faschismus zu schlagen, müßt ihr die rote Einheitsfront schmieden

Voltenhain. Am Vorabend der Präsidentschaftswahl veranlaßte der Führer der hiesigen „Eisernen Front“, der von uns oft schon kritisierte Vögelberichterhatter der „Vergewalt“, Paul Niedler, einen Propagandaschlag mit Auftrache auf dem Ringe.

wird der Faschismus nicht bekämpft. Reicht euch ein in die rote Einheitsfront. Wir Kommunisten glauben nicht, daß ihr auf die Dauer mit dem „kleineren Übel“, d. h. mit immer mehr Hunger und Verelendung überstanden sein könnt.

Schwarz-Weiß Breslau und Stern-Zirlau in der Endrunde um die Schlefische Landesmeisterschaft

Schwarz-Weiß I — Rot-Weiß I 5:1

Am gestrigen Sonntag fand auf dem Ostplatz die Zwischenrunde um die Schlefische Landesmeisterschaft statt. Wie erwartet, siegten die Schwarz-Weißen sicher, doch muß gesagt sein, daß Rot-Weiß beachtlichen Widerstand entgegensetzte, ehe sie sich geschlagen bekamen. Längeres Zusammenspiel der Mannschaft, gepaart mit dem jetzigen Eifer, wird bestimmt größere Erfolge erwarten lassen. Die Schwarz-Weißen reichen an ihre sonstige Form nicht heran, man sah ihnen von vornherein an, daß sie den Gegner zu leicht nahmen.

Der Spielverlauf:

Rot-Weiß hat Anfang. Der sofort nach vorn strebende Sturm setzt einen schönen Schuß auf den Kasten, der aber vom Torwart sicher abgeblockt wird. Der Elfer der Rot-Weiß-Mannschaft macht die Schwarz-Weißen schließlich nervös, doch verhalten sie, langsam aber sicher aufzukommen. In der 10. Minute schießt man eine alte Schwarz-Weiß-Kombination, und schon doppelt das Leder im Netz. Das weiter andauernde Mittelfeldspiel läßt die Schwarz-Weißen vor dem Tor des Gegners gefahrlos, während der Rot-Weiß-Sturm weniger produktiv arbeitet. Zwei kurz hintereinander folgende Tore bringen das Nachbattertor von 3:0. Nach der Pause bestimmen sich die Schwarz-Weißen auf eine bessere Spielweise und man sieht das öfteren klaren schärfere Leistungen. Ein weiteres Tor kann der Sturm von Schwarz-Weiß erringen. Beim Stande von 1:0 gelingt Rot-Weiß der Schrentreffler durch ein Eigentor des Verteidigers, das vom Torwart abgeblockt werden mußte. Rot-Weiß bekommt nun Mut; doch bald ist dieser wieder aus. Die Schwarz-Weißen erzwingen nun ein fünftes Tor, und bei diesem Stande bleibt es bis Schluß. Schiedsrichter: Hübner, Meider-Zachmann, war dem Spiel ein gerechter Leiter.

Am 1. Mai steigt nun die Endrunde um die Schlefische Landesmeisterschaft zwischen Stern-Zirlau und Schwarz-Weiß. Der Meisterchaftskampf findet voraussichtlich in Breslau statt und dürfte der Höhepunkt der bisherigen Spiele sein.

Gesellschaftsspiele

Spielvereinigung I — Dynamo I 1:0

Diese Mannschaft führt ein technisch schönes Spiel vor, in welchem beide Tore in Gefahr kommen. 1 Minute vor Schluß gelingt der Spielvereinigung durch einen Fehler der Hintermannschaft Dynamos, der Siegestreffer.

Fortuna I — Schwarz-Gelb I 6:1

Anfangs hat Schwarz-Gelb mehr vom Spiel, doch können nicht abwärts errücken. Fortunas Mittelstürmer erzielt das 1:0, während Halbinsel auf 2:0 erhöht. Nach Halbzeit erzielt Schwarz-Gelb den Schrentreffler, doch Fortuna kann bis Schluß vier weitere Tore schießen.

Grün-Weiß I — Cpt I 4:1

Die Grün-Weißen hatten mehr vom Spiel und siegen dank besserer Kombinationsleistungen mit dem obigen Resultat.

Resultate der unteren Mannschaften

Dynamo II — Spielvereinigung II 2:2.

Schwarz-Weiß III — Dynamo III 9:1.

Fortuna II — Schwarz-Gelb II 0:0.

Grün-Weiß II — Cpt II 2:1.

Schwarz-Weiß I Jugend — Süd Jugend 1:1.

NSR. Rot-Weiß

Am 30. April findet um 20 Uhr, unsere jährliche Generalversammlung bei Frau Mariannentage 17, statt. Vereinsgegenstand ist Mitgliedschaften.

NSR. Fichte-West

Die nächste Versammlung im Vereinsheim. Erscheinen ist Pflicht. Die Kandidaten für den 30. April und 1. Mai zu der Zeit nach Sandberg und Zachmann aufgestellt werden.

Kreismeisterschaften im Gewichtheben von 1932 in Waldenburg-Altwasser

Am 27. 28. 29. Personen, Kreismeister in der A-Klasse mit 177,2 Pund, in der B-Klasse mit 151,3 Pund, in der C-Klasse mit 125,8 Pund, in der D-Klasse mit 100,3 Pund, in der E-Klasse mit 74,8 Pund, in der F-Klasse mit 49,3 Pund, in der G-Klasse mit 23,8 Pund, in der H-Klasse mit 18,3 Pund, in der I-Klasse mit 12,8 Pund, in der J-Klasse mit 7,3 Pund, in der K-Klasse mit 2,3 Pund, in der L-Klasse mit 1,8 Pund, in der M-Klasse mit 1,3 Pund, in der N-Klasse mit 0,8 Pund, in der O-Klasse mit 0,3 Pund, in der P-Klasse mit 0,3 Pund, in der Q-Klasse mit 0,3 Pund, in der R-Klasse mit 0,3 Pund, in der S-Klasse mit 0,3 Pund, in der T-Klasse mit 0,3 Pund, in der U-Klasse mit 0,3 Pund, in der V-Klasse mit 0,3 Pund, in der W-Klasse mit 0,3 Pund, in der X-Klasse mit 0,3 Pund, in der Y-Klasse mit 0,3 Pund, in der Z-Klasse mit 0,3 Pund.

Großkampf im Ringen

Der Sportvereinigung Nord-Ost 03, Breslau. Am 24. April 1932 (19.30 Uhr) Turnhalle Breslau, Stadt 12 1/2. Kampf zwischen dem Verein 1911, Sportvereinigung West 1921, Kreis 1927, und der Sportvereinigung Nord-Ost. Die Leitung liegt in den Händen der Kampfrichter-Vereinigung des 1. Kreises. Beginn 19.30 Uhr. Eintritt: 0,10 Mark. Unterhalt: diese Veranstaltung, erhebt keine Steuern. Preisermäßigung.

Der Sport der Sowjetunion im Urteil eines bürgerlichen Sportlers

Der bekannte Tennisdiplomate Daniel Frem hat vor kurzem die Möglichkeit, dem Stand der Sportbewegung der Sowjetunion nahe kommen zu lernen. Ueber seine Eindrücke schreibt er in der „Weltischen Zeitung“ (Berlin) u. a. einen ausführlichen Artikel über die Tennisbewegung. Was er dort an Tatsachen anführt, das zeigt, daß selbst die bürgerlichen Sportler die Überlegenheit der Sowjetunion im Grunde des sozialistischen Aufbaues anerkennen müssen, und gleichzeitig sind seine Bemerkungen, die wir nachstehend auszugsweise anführen, eine Antwort auf die unerschönten Lügenmeldungen, die wiederholt durch die reformistische und bürgerliche

Sportpresse über die Sportbewegung der Sowjetunion veröffentlicht wurden. In dem angeführten Artikel ist u. a. zu lesen:

„Die Arbeiterklasse, die in Moskau, der Metropole, und anderen Großstädten sich in die Tennisbewegung eingeschaltet hat und vorläufig noch keine Rolle spielt (!), hat sich dagegen in der Provinz zum wertvollsten und vorwärtstreibenden Faktor entwickelt. Ihrem Interesse ist es zuzuschreiben, daß in den entferntesten, zahlreich neu entstehenden Industriezentren neben Fabrikanlagen Tennisplätze und Tennisvereinigungen geschaffen werden und sich immer größerer Beliebtheit erfreuen.“

Ein bedeutender Schritt (in bezug auf die Organisation der Tennisbewegung der Sowjetunion) ist die Gründung eines Abend-Praktikum der Moskauer Gewerkschaften, in dem berufstätige Tennisanhänger zu Tennisführern, zu Organisatoren und Lehrern herausgebildet werden. Um in dieses Praktikum aufgenommen zu werden, muß der Betreffende nachweisen, daß er über 18 Jahre alt ist, ein Gesundheitsattest des Arztes, daß er mindestens zwei Jahre in einer Stellung berufstätig ist und ein Jahr im Ausschuss für Leibesübungen des betreffenden Unternehmens mitgearbeitet hat. Das Programm des Praktikums umfaßt u. a. 1. geschichtlichen Ueberblick der Leibesübungen, 2. die nächsten Aufgaben dieser Bewegung in der UdSSR, 3. internationale Arbeiterbewegung. In Verbindung mit diesen Fragen werden die verschiedensten Einzelheiten des Tennisspiels, seiner Organisation und die Durchführung von Veranstaltungen u. m. behandelt.“

Frem führt dann u. a. an, daß mehr als 30 000 organisierte Tennisspieler in der Sowjetunion in den verschiedensten Organisationen erlaßt werden und gibt dann ein Urteil über die sportliche Qualität, die er bei den verschiedensten Wettkämpfen beobachtet hat, mit folgenden Worten: „Ich halte Gelegenheit, die besten Spieler Moskaus im Training kennen zu lernen. Es war Tennis, das ungefahr der besten Berliner Verbandsklasse entsprach.“

So urteilt ein bürgerlicher Sportler über die Entwicklung der Sportbewegung der Sowjetunion.

6 Millionen für die feudalen Rennsportvereine

Millionen für den Nürnbergring, der Autostraße für den Autofabrikanten, gibt die sozialdemokratische Braun-Severing-Regierung. 118 000 Mark allein für einen Golfplatz für die Reichen im Kurbad Wilmanns, oder nur 150 000 Mark für Leibesübungen, 900 000 Mark für Jugendpflege.

Diesem sport- und jugendfeindlichen System keine Stimme. Jeder Sportler, jede Sportlerin für die Liste der kommunistischen Partei.

Mustafa zu neuen Kämpfen in Preußen, Hamburg, Sachsen, Bayern, Württemberg und Anhalt

Die deutsche Bourgeoisie versucht, gegenüber der Arbeiterklasse Ueberrumpelungsversuche durchzuführen. Die Festlegung der Termine zur Reichspräsidentenwahl, zu den Parlamentenwahlen ist darauf berechnet, die revolutionäre Arbeiterklasse in eine defensive Stellung zu manövrieren. Das Vergehen der Nazifaschisten, die demagogischen Manöver der Reformisten, der „Eisernen Front“ sollen die Verwirrungsmaschine der Bourgeoisie unterstützen und die Stoßkraft der revolutionären Arbeiterklasse lähmen.

Waffenmobilisierung gegen den Raub der sportlichen Uebungsstätten, gegen Lohn- und Gehaltsabbau und Unterhaltungsraub, Vorbereitung der Einheitsfrontbewegung in den Landesparlamenten, Vorbereitung des Reichseinheitskongresses in Verbindung mit den 2. Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl erfordern die Anspannung aller Kräfte.

Kein Erbarmen gilt's, die rote Einheitsfront muß zeigen, daß sie jederzeit auf dem Posten ist. Bei den bevorstehenden Wahlen in den obengenannten Ländern müssen wir besser noch wie bei der Reichspräsidentenwahl den arbeitervindlichen faschistischen Charakter der Landesregierungen und der sie unterstützenden Parteien entlarven.

Die Brüning-Hindenburg-Regierung hat in der sozialdemokratischen Preußenregierung Braun-Severing-Grimme mit dem Zentrum die Hauptstütze für ihre Politik der Durchführung der faschistischen Diktatur der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie beginnt den Wahlschmerz durch die Aufstellung von Braun und Severing als die Repräsentanten der sozialdemokratischen Preußenpolitik als Ministerpräsidenten und Minister des Innern auf allen sozialdemokratischen Listen in den preußischen Wahlkreisen. Preußen sei der Hort der Demokratie, das Bollwerk gegen den Faschismus, ist ihre Losung. Die 15 Jahre sozialdemokratische Regierung in Preußen entlarven die sozialdemokratischen Führer als die Schrittmacher der Reaktion und die Wegbereiter des Hitlerfaschismus. Besonders in Preußen wurde nur die faschistische Notverordnungs- und Brüning-Regierung mit Hilfe des staatlichen und kommunalen Macht- und Verwaltungsapparates durchgeführt, in dem die Sozialdemokratie die leitenden Funktionen hielt. Sie stand in der Unterdrückung der revolutionären Arbeiterklasse nicht hinter den Naziregierungen in Thüringen und Braunschweig zurück. Der polizeiliche und Justizapparat wurde besonders hart in Preußen ausgebaut. Dieser Machtapparat wurde von der Preußenregierung rücksichtslos mit härtester Aktivität in den Dienst der faschistischen Politik des deutschen Großkapitals gestellt. Die Vorgänge bei den Streikbewegungen, bei Erwerbslosendemonstrationen, gegenüber notleidenden Bauern in der Volkstrodung von Pflanzung wegen rückständiger Steuern sprechen eine deutliche Sprache.

Severing war es, der den NSD verbot, Braun war es, der auf Geheiß der Bourgeoisie das Stahlhelmverbot wieder aufhob. Severing und Grzesinski haben die Spartakiade verboten, Arbeitersportveranstaltungen für öffentliche, politische Versammlungen erklärt und unter Polizeiaufsicht gestellt. Träger der Spartakiade-Plakette, von Parteieinzelgängen oder Sportvereine wurden von der Polizei verfolgt, während gleichzeitig in Breslau der Stahlhelmaufmarsch durch die Polizei unterdrückt wurde. Arbeiterlokale, Sporthallen der roten Sportler wurden von der Severing-Polizei geschlossen, während Nazi-

Rot Sport marschiert auch in Ohlau

Bei der Gründungsversammlung des NSB. Fichte, Ohlau, trafen von 68 anwesenden Personen 36 sofort dem neugegründeten Verein bei. Der Verein umfaßt schon heute die Sparten: Fußball, Schützen, Turner, Mithleten und Boxer. Bei der Aktivität der Ohlauer Genossen ist anzunehmen, daß Rot Sport bald dominierend in Ohlau sein wird, und auch die umliegenden Dörfer wie Peifferwitz, Steindorf, Jähndorf und andere in Kürze erobern wird. Für den 1. Mai ist eine Werbeveranstaltung geplant, bei der Breslauer Sportsgenossen guten Sport zeigen werden. Die Ohlauer roten Sportler werden sich zum ersten Male vorstellen. Loter Sport ist Klassen Sport. Wir steigen trotz Haß und Hohn — trotz alledem.

57 Millionen Mark für die Pfaffen

Die Braun-Severing-Regierung ist nicht nur das Bollwerk der faschistischen Bourgeoisie, sie ist auch der Hort der Mächte des finsternen Mittelalters. 57,7 Millionen Mark weist der Etat der Braun-Severing-Regierung an Zuschüssen an die Kirche und für die Besoldung der Pfaffen im Jahre 1932 auf. Nur 150 000 Mark haben Braun-Severing für die Leibesübungen.

Rechnet ab mit dieser reaktionären Braun-Severing-Regierung. Jeder Arbeiterportler am 24. April bei den Preußenwahlen für die Kandidaten der kommunistischen Partei.

745 Polizeihunde

An Kosten für die Verpflegung von 745 Polizeihunden gibt die Braun-Severing-Regierung 1932 480 000 Mark aus. Das ist nahezu das Doppelte, was für die Fütterung der Arbeiterkinder ausgegeben wird (250 000), das Dreifache von dem, was für die „Förderung“ des Sports und der Leibesübungen (150 000 Mark) verausgabt wird.

Gibt dieser Polizei-Regierung und ihren Partnern, von den Sozialdemokraten bis zu den Nazis, die Quittung. Sporttreibende Arbeiter und Arbeiterinnen mobilisieren und wählen bei den Preußenwahlen am 24. April nur die Liste der kommunistischen Partei.

„Was will die Kommunistische Partei?“

So heißt die neue Broschüre, die in verständlicher Form die Politik der Kommunisten vielen noch abweisenden Arbeitern klar machen wird. Sie zeigt, wie in der praktischen Politik der SPD. und NSDAP. die Todfeindschaft gegenüber dem revolutionären Massenkampf des Proletariats zum Ausdruck kommt. Sagt dem SPD. und Naziarbeiter, warum nur der Weg, den die Kommunisten gehen, zur wirklichen Befreiung der Arbeiterklasse führt und bringt diese billige Schrift unter die Massen. Sie kostet nur 10 Pfg. und ist bei allen Literaturverlegern der Partei zu haben.

tafeln unbehelligt bleiben. Besonders im Severing-Preußen hat der Naziterror ein ungeheures Ausmaß angenommen auch gegenüber roten Sportlern. In den letzten zwei Monaten allein wurden 5 rote Sportler ermordet. Allein im Jahre 1931 wurden 54 Arbeiter im Abwehrkampf gegen die faschistische Hunger- und Terrorpolitik durch die Polizei getötet. Besonders anschaulich wird die Rolle der Polizei bei dem bekannten gemeinen Ueberfall der Nazi-Terrorbanden auf die Laubentzönke „Felsenad“ bei Berlin unterstrichen. Unter dem Schutz der Polizei können die Nazibanditen in die Arbeiterviertel bewaffnet eindringen (Berlin, Breslau, Rheinland). Die SA-Banden werden auch durch die Justiz in Preußen nicht hart angefaßt, während Arbeiter für die Abwehr der faschistischen Terrorakte zu unerhöht hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt werden. (Siehe Verurteilung von Arbeiterportlern in Görlitz zu 8 Jahren Zuchthaus) erfreuen sich die Nazi-Arbeitermörder einer äußerst loyalen Behandlung.

Die „Aktion“ Severings gegen die Nazibüros im Anschluß an den ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl entlarvte sich bald als ein gewöhnliches Wahlmanöver. Keine ernsthafte Maßnahme gegen die SA-Banden wurde von Severings Polizei unternommen. Lediglich eine Denkschrift ist herausgekommen, die der Reichsinnenminister General Graener zur Kenntnis nahm. Dagegen wurde der Osterburgfrieden zu einem kleinen Belagerungszustand gegenüber der Arbeiterklasse gemacht, Arbeiterveranstaltungen wurden während des Osterburgfriedens verboten, unter Polizeiaufsicht gestellt, wie dies selbst gegenüber einer Varieteeveranstaltung der „Welt am Abend“ geschah. In Braunschweig führen die Hitlergardes ihren Jugendaufmarsch durch, während in Preußen Severings Polizei den 7. Jugendtag der proletarischen Jugend als Demonstration gegen den imperialistischen Krieg verbot, Demonstrationen der Jugendlichen auseinanderknüpfte. Ebenfalls wurde der Einheitskongress der sporttreibenden Arbeiterklasse verboten.

Diese Politik der Braun-Severing-Regierung unterscheidet sich in nichts von der Politik der Regierung der Hitlerfaschisten in Braunschweig. Preußen ist nicht ein Bollwerk gegen den Faschismus, sondern ein Bollwerk der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse.

So wie die Lage und die Durchführung der Politik der Sozialdemokraten in Preußen ist, ist es auch in den anderen Ländern wie Hamburg, Bayern, Württemberg, Anhalt, Sachsen. Wenn jetzt die Hitler-Hugenbergs ihren offenen Ansturm auf Preußen unternehmen können, so nur, weil ihnen die sozialdemokratischen Führer den Weg ebneten, weil Braun-Severing geholfen haben, die Arbeiterklasse zu entwaffnen und die Bourgeoisie und die Nazis zu bewaffnen. Nicht Braun-Severing-Preußen, sondern nur die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei kann die Wachtgreifung durch Hindenburg-Hitler verhindern und den Faschismus niederringen.

Deshalb gilt es, unsere Stoßkraft zu vervielfachen. Schlagen wir Braun-Severing, die „Eiserne Front“, schlagen wir Hitler-Hugenberg und machen den Weg frei für ein rotes Preußen, ein sozialistisches Deutschland!

Arbeitersportler! Gebt für den Kampffonds der KPD!

Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit!

In deutschen Volkswörterer erschien vor einigen Tagen eine Broschüre, unter dem Titel „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“. Der Verfasser dieser Broschüre ist der bekannte Naziführer Dr. Alfred Pfaff, der als Mitglied des Reichswirtschaftsrates der NSDAP, im Münchener Brauner Haus angestellt ist. Darum gilt auch die Schrift des Dr. Alfred Pfaff als parteiamtlich. Sie ist vor Erscheinen von Adolf Hitler selbst geprüft worden. Wer diese Schrift liest, findet in ihr dokumentarisch belegt, daß das, was die Kommunisten seit jeher gefordert haben, richtig ist: es gibt keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Wirtschaftsprogramm der Nazi-Partei und dem, was die Brüning im Reich und die Braun-Severing in Preußen jetzt praktisch durchführen.

Nazis fordern 15prozentigen Lohnabbau

Man muß betonen, daß die Broschüre des Dr. Pfaff herausgegeben wurde nach der letzten Brüning'schen Notverordnung, die bekanntlich diktatorisch einen gewaltigen Lohnabbau bei allen Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten befahl. Schon jetzt aber erhebt die Schwerindustrie erneut den Ruf nach einem weiteren Lohnabbau. Keine Frage, die Brüningregierung im Grunde mit Braun-Severing in Preußen und den reformistischen Gewerkschaften, werden alles tun, um auch die neuesten Forderungen der Schwerindustrie zu erfüllen. Und wie verhalten sich die Nationalsozialisten dazu? Dr. Alfred Pfaff verkündet in seiner Schrift im Auftrage der NSDAP. wörtlich folgendes:

„Wenn hingegen die gesamte deutsche Industrie auch im heutigen Wirtschaftssystem einmütig den Beschluß fassen würde, alle Löhne und Gehälter um vielleicht 12 bis 15 Prozent zu vermindern, jedoch unter gleichzeitiger Neueinstellung von vielleicht 4 Millionen Arbeitsloser, so würden wir einen Streik, der etwa durch diese Lohnverminderung veranlaßt werden sollte, auf das schärfste verurteilen, weil diese Maßnahme, wenn auch mit Nachteilen für den einzelnen verbunden, doch fraglos zur Erhaltung und Förderung des Volksganzen führen müßte.“

Sie verhöhnern die Erwerbslosen und wollen weiteren Lohnabbau

Auf Seite 23 der genannten Broschüre nimmt das Mitglied des Wirtschaftsrates der NSDAP, Dr. Pfaff, zu den Unterstützungen der Erwerbslosen Stellung. Trozdem schon die Brüningregierung und auch die Preußenregierung seit Jahren immer mehr die Arbeitslosenversicherung abgebaut haben, die Unterstützungen in einem Umfang kürzten, daß Millionen Erwerbslose wirklich nur noch ein Hungerdasein führen, schreibt dieser Naziführer provokatorisch:

„Die Arbeitslosenversicherung hat sich gerade durch die früher genannte Bestimmung im Artikel 163 der Verfassung dahin ausgewirkt, daß sie nicht nur eine segensreiche Einrichtung ist zur Erhaltung derer, die bei aller Arbeitswilligkeit eine Beschäftigung nicht finden können, sondern die von allen Arbeitsscheuen auch ausgenutzt werden mußte, als eine willkommene Ausbeutungsmöglichkeit der Volksgesamtheit.“

Also nach Nazi-Pfaff sind nicht die Unternehmer, die Großkapitalisten, die die Arbeiter auf die Straße werfen, die Ausbeuter, sondern die Ausbeuter sind die Arbeitslosen selbst. Das ist von jeher das Argument der Großunter, der schwarzeisten Reaktionsäre gewesen. Es ist die gemeinste Verleumdung der Erwerbslosen, wenn man sie als arbeitsscheu beschimpft. Eine wirklich skrupellose Kapitalshande, diese Naziführer, die zwar nichts dagegen sagen, daß die Unternehmer die Betriebe schließen, aber die dann die Arbeitslosen beschimpfen, nur um zu erreichen, daß die Arbeitslosenunterstützungen noch mehr abgebaut werden sollen. Daß die Naziführer, die zum großen Teil gewaltige Pensionen beziehen, wirklich noch einen weiteren Abbau der jämmerlichen Unterstützungen wollen, geht auch aus folgenden Sätzen hervor:

„Auch darf nicht vergessen werden, daß ein Großteil (!) der Erwerbslosen mit Erfolg (!) bemüht ist, sogenannte Schwarzarbeit zu leisten und damit dem Handwerker und dem Gewerbetreibenden den geringen Verdienst noch weiter schmälert. Wie in den übrigen sozialen Einrichtungen (!), so hat es die marxistische Einstellung unserer Zeit auch in der Arbeitslosenversicherung verstanden, die Moral und Ehrlichkeit des Volkes zu untergraben und ein minderwertiges Antermensentum zu züchten, um sich hierin eine stets willfähige Schutztruppe zur Erreichung ihrer politischen Ziele zu schaffen.“

Hier wird die bewußte Lüge aufgestellt, als ob die wenigen Erwerbslosen, die in der Lage sind, sich ein paar Pfennig neben ihrer Unterstützung zu verdienen — gegenwärtig ist das fast keinem Erwerbslosen mehr möglich — die Ausbeuter der „Handwerker und Gewerbetreibenden“ seien. In Wirklichkeit ist es die Schwerindustrie, sind es die Monopole und Trusts, ist es die progressivste Steuer- und Finanzpolitik, der Zollmüher und das geminderte Einkommen der Arbeiter und Angestellten, der ständige Unterstützungsabbau bei den Erwerbslosen, wodurch das Kleingewerbe mit in den Untergang getrieben wird.

Aber „Untermenschen“, das sind, nach dem Begriff der Naziführer, nicht die Kapitalisten, die, um ihren Profit zu vergrößern, das Elend der werktätigen Massen vermehren, sondern „Untermenschen“, das sind die Erwerbslosen. Darum muß man diesen nach die letzten Unterstützungspfennige rauben, so will es das wirkliche Programm der Naziführer. Wo ist da ein Unterschied

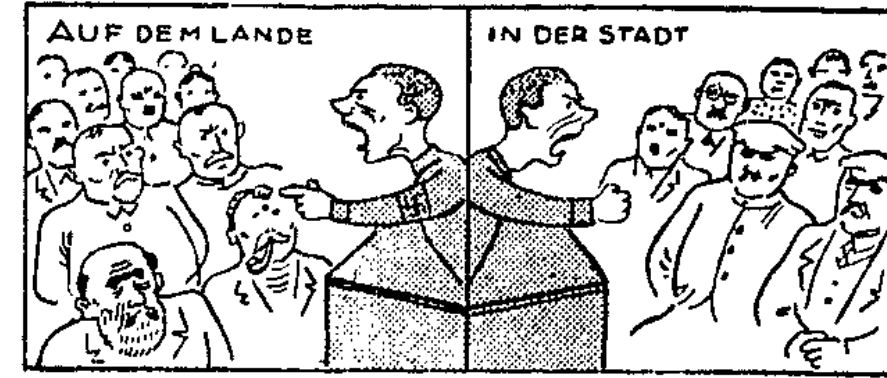
zwischen dem, was gegenwärtig im Auftrage der Schwerindustrie durchgeführt wird, und dem, was die Naziführer erstreben?

Schluß mit der Sozialgesetzgebung!

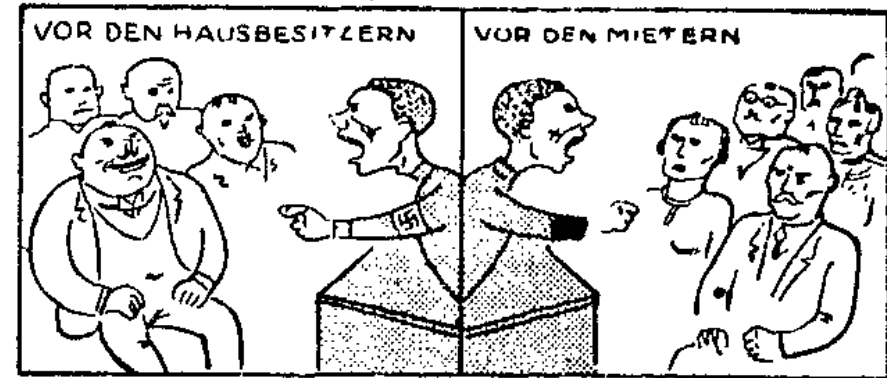
Was müßte wohl eine Partei, die sich „Arbeiterpartei“ nennt, angesichts der von Jahr zu Jahr gekürzten Sozialausgaben, angesichts der Tatsache der wachsenden Tuberkulose, der steigenden

Der einzige Nazi-Grundsatz

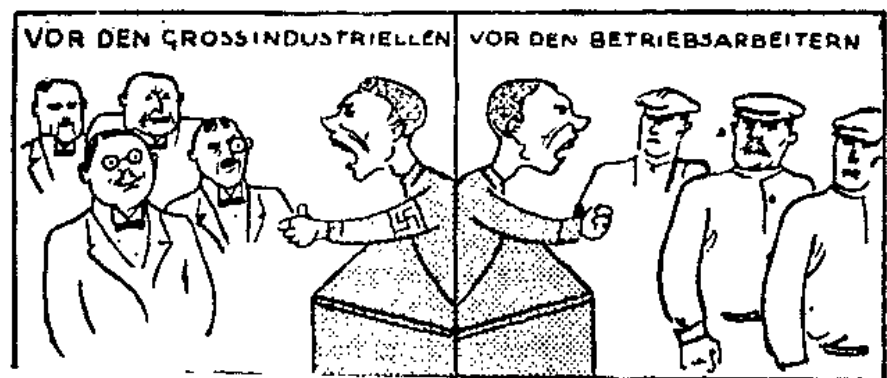
„Man muß in den Versammlungen so sprechen, wie einem der Schnabel und wie den Zuhörern die Ohren gewachsen sind.“ Goebbels im Jahrbuch der NSDAP. 1928.



„Wollt ihr Bauern höhere und angemessene Preise für eure Produkte, wollt ihr höhere Zölle, dann kämpft mit uns, den Nationalsozialisten Heil!“
„Ihr Arbeiter der schwierigen Faust, wollt ihr billiges Brot, wollt ihr die Sicherstellung der Ernährung eurer Kinder, dann kämpft mit uns, den Nationalsozialisten. Heil!“



„Nur die Nationalsozialisten werden euch den angemessenen Zins für eure Wohnungen verschaffen. Schluß mit der marxistischen Mietergesetzgebung. Heil!“
„Auch der Mietwucher ist ein Produkt des jüdischen Systems. Für wirklich tragbare Mieten kämpfen nur die Nationalsozialisten. Heil!“



„Das erste Erfordernis für die deutsche Wirtschaft ist eine Senkung der Selbstkosten. Diese kann naturgemäß nur durch Senkung der Löhne und Gehälter nicht vorübergehen. Würde man die Löhne generell um 10 Prozent abbauen, so könnte dies eine erhebliche Senkung des Preisniveaus herbeiführen. Heil!“
„Eine Senkung der Löhne würde die NSDAP. niemals dulden. In unserem Reiche gilt das Wort: „Jedem das Seine. Heil!“



„Nur eine nationalsozialistische geführte Reichsregierung könnte die Verpflichtung übernehmen, Kassen der ausländischen Hochfinanz und gewissenhaft alle ausländischen Privatschulden zurückzuzahlen. Heil!“
„Nieder mit dem Youngsystem! Keinen Pfennig mehr in die Kassen der ausländischen Hochfinanz. Wir haben genug gerückelt. Heil!“



„Die Zurückführung der öffentlichen Ausgaben und Aufgaben auf das durch die Not gebotene bescheidene Maß, muß zunächst schmerzhaft Eingriffe in die Lebenshaltung des gesamten Volkes zur Folge haben und wird vor allem auch die der Notzeit nicht entsprechenden sozialen Ansprüche und Versorgungseinrichtungen hart angreifen müssen. Heil!“
„Die heutigen Unterstützungssätze reichen nur noch zum Verrecken aus. Wer ein besseres Leben will, kämpft mit Adolf Hitler. Heil!“

Schluß mit diesen Betrügnern.
Wählt Kommunisten!

Unterernährung der Kinder, des Abbaus der Renten in allen sozialen Versicherungszweigen fordern? Selbstverständlich müßte sie den Kampf um die Erhöhung der Sozialausgaben führen. Aber was propagiert die Nazi-Partei? Wir zitieren hier wörtlich aus der parteiamtlichen Broschüre der NSDAP:

Wir halten eine Einrichtung für verfehlt, ja für verhängnisvoll, wenn sie in ihren Auswirkungen dazu führt, den naturgegebenen gesunden Selbsterhaltungstrieb abzutöten und an Stelle des eigenen Kampfes um die Lebenserhaltung ein vermeintliches Recht auf Almosenempfang zu setzen. Der Volksgenosse hat es als selbstverständlich zu erachten, im Falle einer geringfügigen Krankheit, einer Unpäßlichkeit und dergleichen, mit der ihm von der Natur (!) gegebenen Widerstandskraft selbst dagegen anzugehen und sie zu überwinden.“

Man sieht, aus den Worten des Naziführers Pfaff spricht nichts anderes als der Herrenstandpunkt einer Clique von Ausbeutern, Profitjägern, die, um sich das Recht des Wohllebens und der Schlemmerei zu erhalten, die Massen der Werktätigen auf ewig dem Zustand des Hungers, der Müdigkeit und der Barbarei ausliefern will.

Das „Dritte Reich der Arbeitslosigkeit“

Können die Nationalsozialisten die Arbeitslosigkeit beseitigen? Auch zu dieser Frage nimmt der Wirtschaftsbeauftragte Adolf Hitler in seiner Broschüre Stellung. Aber schon die Form, in der er das tut, beweist, daß die Nationalsozialisten mit Unbehagen an die Beantwortung dieser Frage herangehen. Diese für die werktätigen Massen Deutschlands, für 7 Millionen Proletariat entscheidende Frage wird in der Broschüre nur auf einer halben Seite behandelt. Mehr weiß der Wirtschaftssachverständige der Nazis hierzu nicht zu melden. Man höre, was er da schreibt:

„Man kann uns entgegenhalten, daß eine Arbeitsbeschaffung für 6 Millionen Arbeitslose eine unlösbare Aufgabe sei. Wir bestreiten dies, sind uns aber selbstverständlich bewußt, daß nur ein langer und mühevoller Weg (!) uns dorthin führen kann. Es muß unverzüglich eine Arbeitsdienstpflicht für jeden deutschen Volksgenossen eingeführt werden, die sofort 1 Million Arbeitsloser gesunde Betätigung gewährleistet. Etwa 400. bis 500 000 in der Industrie beschäftigte Frauen sind durch Männer zu ersetzen. Die Ausschaltung von Ausländern aus den öffentlichen Aemtern und die Befestigung all derer, die ohne die nötigen Vorkenntnisse lediglich auf Grund ihres Parteibuches Pflichten übernommen haben, die sie nicht zu erfüllen in der Lage sind, werden weiteren etwa 600 000 Arbeitslosen der verschiedensten Berufe Platz machen.“

Das ist das Rezept der Naziführer zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Wirklich, Münchhausen ist wieder auferstanden. Angenommen, es gelänge den Naziführern wirklich, 1 Million Arbeitslose zu finden, die unter den Bedingungen der Arbeitsdienstpflicht kasernenhofmäßig bei 40 Pfennig Lohnung pro Tag unter Aufsicht bewaffneter Nazioffiziere arbeiten würden, so ist es klar, daß eine andere Million Arbeiter, die jetzt gegen höheren Lohn arbeiten, erwerbslos würden. Denn ginge es nur darum, Arbeit zu beschaffen, so bräuchten nur die Betriebe eröffnet zu werden. Bei der Arbeitsdienstpflicht jedoch geht es darum, keine neue Arbeit zu schaffen, sondern nur um die Erlegung der jetzt Arbeitenden durch willigere und billigere Arbeitskräfte.

Und dann will der Nazi-Pfaff 400 000 bis 500 000 Frauen aus der Produktion werfen. Das nennt er Arbeitsbeschaffung! Abgesehen von der reaktionären Einstellung gegenüber den Frauen, die sich hier kundtun, denken die Naziselbgeber gar nicht daran, die billiger arbeitenden Frauen zu entlassen und dafür Männer einzustellen.

Das dritte Rezept, das Nazi-Pfaff zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorschlägt, ist wohl das groteskteste. 800 000 Parteibuchbeamte sollen entlassen werden und dafür 600 000 neue Parteibuchbeamte eingestellt werden. Das ist geradezu ein sensationelles Preisrästel. Etwa so: Ich habe drei Streichhölzer in der Hand, nehme eins davon weg und tue eins zu. Wieviel Streichhölzer habe ich dann in der Hand? Und der Nazi-Pfaff rät wirklich richtig: Drei Streichhölzer bleiben in der Hand. Ein nettes Arbeitsbeschaffungsprogramm!

Wie man sieht, wissen die Nationalsozialisten auch nicht, wie nur ein einziger der 7 Millionen Erwerbslosen in die Produktion eingereiht werden kann.

Ihr „Drittes Reich“ ist das Reich der Arbeitslosigkeit nach dem Beispiel des tschechischen Italien und des tschechischen Polen.

Schafft überall bei den SA-Proleten, dem werktätigen Mittelstand, den kleinen Bauern, den betrogenen Angestellten Klarheit über das wirkliche Programm der Naziführer. Sagt ihnen, daß Hitlers Programm das Programm der Schwerindustrie ist, das Programm des Hungers und des Elends der werktätigen Massen, das Programm der brutalen Kapitalshand.

Brüning-Severing-Hitler, es ist ein System der kapitalistischen Ausbeutung der Werktätigen.

Es gibt nur eine Partei, die dies System bekämpft, die die Führerin der arbeitenden Massen für Arbeit, Brot und Freiheit, für ein Sowjetdeutschland ist, das ist die kommunistische Partei. Kämpft mit der KPD. Schlagt alle Feinde der Arbeiterklasse. Wählt am 24. April Kommunisten.

Die Kriegsgefahr wächst! Organisiert Massenkampf gegen den imperialistischen Krieg!

Am 10. April verstarb nach langer Krankheit ein altes Mitglied der KPdSU, Herrscher der Sowjetunion und Leninist, Michael Nizolajew Pokrowski.

Genosse Pokrowski wurde im Jahre 1885 geboren. Er absolvierte 1911 die historisch-philosophische Fakultät der Moskauer Universität und begann dann eine wissenschaftliche, literarische und literarische Tätigkeit.

Nach dem Londoner Parteitag arbeitete Genosse Pokrowski in Moskau und emigrierte ins Ausland. Er war in Paris vorübergehend Mitglied der Gruppe „Worona“.

Im August 1917 war er nach Rußland zurückgekehrt, beteiligte sich am revolutionären Kampf als aktives Mitglied der Moskauer bolschewistischen Organisation.

Genosse Pokrowski war Mitglied der ersten Sowjetdelegation zu den Friedensverhandlungen mit Deutschland. In der Periode des inneren Parteikampfes im Zusammenhang mit dem Breiter Frieden stand Genosse Pokrowski im Lager der „linken“ Kommunisten.

Seit Mai 1918 war Genosse Pokrowski stellvertretender Volksbildungs-Kommissar. Er war der Initiator und Organisator sowie Leiter einer Reihe der bedeutendsten wissenschaftlichen Institute und Lehranstalten der Sowjetunion.

Mukden, 15. April. In Charbin wurden 32 Sowjettruppen verhaftet und gefoltert. Sie sollten ausfragen, daß die Sowjetregierung Attentate und Sprengstoffanschläge in der Mandschurei organisiert!

Die weisgardistische und in russischer Sprache erscheinende japanische Presse in Charbin betreibt eine tolle Presselampagne im Zusammenhang mit dem mißlungenen weisgardistischen Versuch, die Brücke der Ostbahn am Sungaristfluß und drei andere Eisenbahngebäude zu sprengen.

aus den Behauptungen der japanischen, auch in russischer Sprache erscheinenden „Charbinskoje Wremja“, wonach das Sprengstoffattentat „auf Befehl der Ostabteilung der Komintern“ verübt worden sei.

Der tschechische Bergarbeiterkampf

Prag, 15. April. Im Brüxer Revier geht der Streik mit unverminderter Wucht weiter.

Im Mährisch-Schwarzer Gebiet streiken vier Gruben erneut vollständig. Auf zwei anderen Schächten fanden halbtägige Proteststreiks statt.

Der vorgesehene vollständige Generalstreik im Brüxer Revier hat in der ganzen Tschechoslowakei großes Echo ausgelöst.

Beim zentralen Solidaritätsausschuß in Prag sind bis heute 75 000 Kronen für die streikenden Bergarbeiter eingelaufen.

Das politische Bezirksamt in Brüx hat das Kaufmannsgremium in Brüx wegen seiner Aufforderung zur Ladensperre anläßlich der Revierkundgebung in der vorigen Woche mit einer Geldstrafe von 5000 Kronen belegt.

Generallstreiks die Läden zum Zeichen der Sympathie mit den streikenden Bergarbeitern gesperrt blieben.

Öfterer Industrietrach in USA

Chicago, 14. April. Der Vorstand der „Inull Utility Investments Inc.“, einer Dachgesellschaft für eine Reihe amerikanischer Elektrizitätskonzerne, hat beschlossen, über das Vermögen der Gesellschaft die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beantragen.

In Klagenfurt kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und sozialdemokratischen Schulbündlern.

In Kopenhagen versuchte die Polizei eine kommunistische tausendköpfige Demonstration aufzulösen, wobei die Arbeiter ein Steinbombardement gegen die Polizei eröffneten.

um die marxistisch-leninistische Theorie, den bolschewistischen Parteistandpunkt, gegen rechte und „linke“ opportunistische Einstellungen, gegen den kontrerevolutionären Trotskismus zu schützen.

Genosse Pokrowski ist der Verfasser einer Reihe bedeutendster marxistisch-historischer Arbeiten: „Kurzer Abriss der russischen Geschichte“, „Grundzüge der Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland im 19. und 20. Jahrhundert“.

Genosse Pokrowski war außerdem verantwortlicher Redakteur bzw. Redaktionsmitglied einer Reihe bedeutender

wissenschaftlicher Zeitschriften: „Der Marxistische Historiker“, „Klassenkampf“, „Unter dem Banner des Marxismus“.

Trotz ausgedehntester organisatorischer und wissenschaftlicher Tätigkeit beteiligte sich Genosse Pokrowski stets unmittelbar als aktives Parteilied an der Parteiarbeit, so auch auf den Parteitag und Konferenzen.

Trotz schwerer Krankheit während der letzten drei Jahre unterbrach Genosse Pokrowski nicht seine vielfältige und ausgedehnte Arbeit. In der Gestalt des Genossen Pokrowski verlor die KPdSU und die Arbeiterklasse eines ihrer treuesten Parteimitglieder und ihrer aktivsten Teilnehmer am sozialistischen Aufbau sowie den bedeutendsten bolschewistischen Geschichtsgelahrten.



Copyright by „Fete Fabae“, Berlin, 1932

„Deine ironischen Bemerkungen konnt du dir wahren, ich weiß sehr gut, was ich sage! Ich halte es für richtiger, wenn wir erst abwarten, was die Partei sagt, inwieweit unsere Literaturdiskussion fortsetzen und den Arbeitsplan für nächsten Monat festlegen!“

Das war das Stichwort für ein allgemeines Gespräch und Hochgelächter.

„Nur nicht, Literaturdiskussion und Arbeitsplan besprechen und noch mal besprechen und quatschen und quatschen. Das machen wir nun schon zwei Jahre lang und wirkliche politische Arbeit leisten wir nicht! Das macht die Partei, natürlich, wir sind zu jung und zu dämlich dazu.“

„Genossen, ich muß euch doch sehr bitten!“ Die Stimme der Angegriffenen schnappte über. „Ich lehne auf jeden Fall die Verantwortung ab.“

„Dann hau doch ab, Mensch, wir brauchen dich nicht!“ Das Flugblatt wurde am selben Tage noch fertiggestellt und sowohl den Arbeiterinnen, die zur Nachschicht gingen, als auch den Frühchicht verteilt. Es lautete:

„Arbeiterinnen! Arbeiter!“

Das gestrige Unglück in der Pistrinbude hat in der ganzen Stadt große Empörung ausgelöst. Sowie aus den ersten Berichten zu entnehmen ist, muß zweifellos festgestellt werden, daß es bei einer sach- und sachgemäßen Handhabung der gefährlichen Arbeit und den nötigen Schutzmaßnahmen hätte vermieden werden können.

werden können. Besonders skandalös ist die Tatsache, daß keinerlei Sanitätsmaterial, Tragebahnen usw. vorhanden waren! Arbeiterinnen! An euch wird es liegen, daß diese Zustände in eurer Bude geändert werden. Jeden Tag passiert es, daß junge Mädchen, die kaum der Schule entwachsen sind, und schwangere Frauen, deren Gesicht und Haar von Pistrinsäure gelb und grün zerstreut und gefärbt ist, vor Schwäche zusammenbrechen! Ihr müßt dafür sorgen, daß in jeder Hinsicht Verbesserungen eingeführt werden und daß der Arbeitererrat sofort die nötigen Schritte dazu unternimmt. Nehmt zu diesen Fragen sofort in einer Betriebsversammlung Stellung. Setzt euch mit den freien Gewerkschaften in Verbindung, die die Interessen der Arbeiter vertreten!

Jugendliche, werdet Mitglieder der „Arbeiterjugend“. Kämpft mit uns! Kämpft gegen den Krieg!“

Die Klagezettel hatten eine überraschende Wirkung. Die Arbeiterinnen diskutierten erregt. Die Belegschaft war aufgewacht und wie umgewandelt. Von den Chefs ließ sich niemand sehen. Nur der Betriebsleiter ging einmal schnell durch die Säle, in denen eine rasche Umstellung vorgenommen worden war.

Die Pistrinbude war schon wieder halb aufgebaut, man arbeitete sicherhaft! An den Schwarzen Brettern stand, daß die Ursachen des „bebauerswerten Unglücks“ noch näher untersucht und alle Maßnahmen getroffen würden, um für die Zukunft derartiges zu vermeiden.

Die Arbeiterinnen wählten in der Pause eine Delegation, unter der sich Luise befand, die dem Arbeitererrat und der Betriebsleitung konkrete Forderungen unterbreitete. Die Forderungen wurden bewilligt.

Es dauerte nicht lange — für Luise kam das durchaus nicht überraschend — da wurde sie von der aushilfsweisen Beschäftigung im Lohnbüro abgelöst und in den Betrieb zur Akkordarbeit zurückverkehrt.

Hatte sie das Vertrauen der Betriebsleitung überschätzt, indem sie sich auf die Seite der Arbeiterinnen und an die Spitze ihrer Forderungen gestellt hatte?

Und eines Tages, es war Ende August, erhielt sie ihre Papiere. „Die Kontrollabteilung wird technisch umgestellt. Es müssen daher Arbeitsstränge ausweichen. Da Sie sich unter den zuletzt Eingestellten befinden, sehen wir uns hiermit zu unserem Bedauern gezwungen, die Entlassung wegen Arbeitsmangel auszusprechen.“

Dieser Brief wurde ihr schweigend durch den Betriebsleiter Wandren persönlich überreicht.

Nun ging Luise wieder jeden Tag zum Stempeln. Zwischen durch hatte sie Heimarbeit angenommen und nähte Zeltbahnen. Der Verdienst war kaum der Rede wert; es waren allzu sauer verdiente Groschen.

Das häusliche Elend wieder vor Augen, verbitterte sie und nahm ihr eine Zeitlang den früheren Glanz zur Arbeit in der Bewegung. Das Essen wurde immer knapper. Das Brot, das die ganze Woche reichen sollte, war am Mittwoch schon alle. Das kaufte man nur noch „Bouillonwürfel“, die aus einem undefinierbaren braunen Dreck hergestellt zu sein schienen und die Kraft zum Weiterleben geben sollten.

Ein Brief aus dem Felde rüttelte Luise aus ihrer Verzweiflungstimmung.

„Was macht ihr? Man hört gar nichts mehr von euch. Ist ihr nichts mehr? Haltet ihr es nicht für nötig, uns über eure Arbeit auf dem Laufenden zu halten? Ich habe keinen beiden letzten Briefe, der eine ist schon acht Wochen alt, wiederum — wo ist nun schon — aus dem Tornister gekramt und gelesen. Was du mir berichtest, von der Explosion in der Munitionsfabrik und besonders von euren Maßnahmen zur Aufrüstung der Arbeiterinnen und Jugendlichen, hat mich und meine Kameraden sehr interessiert und soweit es das Unglück selbst betrifft, sehr erschüttert.“

Aber — was ist aus eurer Betriebsarbeit geworden? Was hat die Partei zu eurer selbständigen Handlungsweise gesagt?“

„Ich kann mir denken, daß ihr eins auf den Dedel gekriegt habt. Oder etwa nicht? Aber wir — haben uns mächtig gefreut! Ihr habt richtig gehandelt! Der Konflikt wird und muß kommen, denn die Taktik der Alten steht im Gegensatz zu unserem, zu dem revolutionären und sozialistischen Gewissen der Jugend. Laßt euch in eurem Elan nicht einbüßeln! Führt den klaren und konsequenten Kampf unserer Klasse und bekämpft auch — es wird not tun — die sozialimperialistische Taktik der Alten!“

Noch eine Frage. Warum bekommen wir die „Jugendinternationale“ nicht mehr? Wer ist jetzt für die Aufrechterhaltung der Verbindung verantwortlich? Der Teufel soll euch holen, wenn das verbummelt wird! Schreibt schnellstens! Herzlichen Gruß an dich und alle Genossen! Dein Paul Berger.“

Fortsetzung folgt

Rettet die Negerjungen von Scottsboro!

Von A. G. Bosse (Neuyork)

Als Antwort auf die Berufung der jugendlichen Arbeiter-neger hat der Oberste Gerichtshof von Alabama das gegen sie gefällte Todesurteil bestätigt und ihre Hinrichtung durch den elektrischen Stuhl auf den 13. Mai festgesetzt.

Die Internationale Rote Hilfe wird einen Antrag auf Wiederaufnahme des Prozesses einbringen und, wenn dies fehlschlägt, beim Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten Berufung einlegen. Wenn es aber der Arbeiterklasse der Welt nicht gelingt, durch Massen demonstrationen dieses Verbrechen an den unschuldigen Negerjungen und an dem ganzen amerikanischen Proletariat zu verhindern, so werden sie verbrannt werden. Die resolutionären russischen Arbeiter geboten durch ihre Demonstration am 25. April 1917 vor der amerikanischen Gesandtschaft in Petrograd dem gleichzeitigen Lynchmord an Tom Moonen Einhalt und lenkten die Aufmerksamkeit des Weltproletariats auf diesen Fall.

Heute muß die Arbeiter- und Bauernschaft aller Länder ebenso handeln und diese Kinder der Arbeiterklasse den blutigen Krallen der Großgrundbesitzer der Südstaaten und überhaupt der amerikanischen Kapitalisten entreißen.

In seinem Minderheitsbeschluss gab der Gerichtshof die Unschuld der Negerjungen zu. Er erklärte aber, ihre Hinrichtung sei notwendig, um die Negerarbeiter und Bauern in allen Teilen des Landes niederzuhalten. Der oberste Richter, der anderer Meinung war als die sechs anderen Berufsrichter, die für den Mehrheitsbeschluss stimmten, erklärte:

„Die wichtigste Frage ist nicht, ob die Angeklagten schuldig oder unschuldig sind, sondern ob sie fair und unparteiisch abgeurteilt wurden... Es mag sein, daß keine der angeklagten Bewegungen, wenn man sie einzeln nimmt, die Urteile umstürzen kann. Wenn man sie jedoch im Zusammenhang zueinander betrachtet, so müssen sie zusammen auf den Rechtsfall einwirken und zur Schlussfolgerung zwingen, daß die Negerjungen nicht fair und unparteiisch abgeurteilt wurden.“

Dieses Eingeständnis ist wichtig, besonders wenn man es mit einem ähnlichen Fall, der sich jüngst ereignete, in Zusammenhang bringt. Als im vergangenen Dezember Barclay Lee Nox, ein junger Negerlandarbeiter, wegen angeblicher Notzucht abgeurteilt und durch den elektrischen Stuhl hingerichtet wurde, obgleich seine Ankschuld feststand, erklärte der Staatsgouverneur bei Ablehnung der Berufung:

„Vielleicht ist dieser Mann unschuldig, aber es ist manchmal notwendig, ein Haus zu verbrennen, um ein ganzes Dorf zu retten.“

Dieser Ausspruch kennzeichnet die ganze Rücksichtslosigkeit der amerikanischen Bourgeoisie.

Im Mehrheitsbeschluss erklären die sechs Richter, daß die Weigerung des Gerichtshofes, irgendeinen Neger als Mitglied des Schöffengerichts zu ernennen, keine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte sei und daß kein Grund vorliege, den Prozeß wegen des seitdem aufgeführten neuen Beweises wieder aufzunehmen — nämlich die Eile, mit der der Prozeß durchgeführt wurde, die Weigerung, einen anderen Gerichtsort zu wählen, die durch das große militärische Aufgebot und die Unternehmerbanden geschaffene Lynchatmosphäre usw. Sie beriefen sich bewußt auf den Fall Gatzlofz, jenes Anarchisten, der im Jahre 1901 den Präsidenten McKinley erschoss und schnell hingerichtet wurde, um zu behaupten, daß es Dinge gibt, die schlimmer sind als der Tod: z. B. das, was angeblich den beiden Prostituierten passierte, wegen deren angeblicher Vergewaltigung die Negerjungen zum Tode verurteilt wurden. Aber es ist eine Tatsache, bewiesen durch die ärztliche Untersuchung und die Erklärungen der beiden Prostituierten sofort nach der Verhaftung der Negerjungen, daß in diesem Fall keine Notzucht vorliegt.

Nach ihrer Festnahme am 25. März 1931 wurden die Negerjungen schon am 6. April abgeurteilt, ohne vorher ihre Eltern verständigen oder einen Rechtsanwalt wählen zu dürfen. Der ihnen vom Reichsverband für den Fortschritt der farbigen Rassen (A. C. L. U.) die die Werkzeuge ihrer weißen Herren sind) zur Verfügung gestellte „Verteidiger“ arbeitete mit dem öffentlichen Ankläger zusammen und weigerte sich, Freispruch zu fordern. Jetzt, nach dem Beschluss des Obersten Gerichtshofes von Alabama — den die Newyorker Zeitungen an verletzter Stelle brachten —, behaupten diese Verräter noch immer, die Negerjungen retten zu

Der Mann ist das System

Kreugers Milliarden Betrügereien

Gefälschte Bilanzen, gefälschte Staatspapiere, gefälschte Grundstückshypotheken

Stunde um Stunde überfüllen sich aus der schwedischen Hauptstadt die Meldungen über die Manipulationen Kreugers. Nach den Feststellungen, daß Kreuger die Bilanzen der großen Finanzierungsgeellschaft „Kreuger und Toll“ seit längerer Zeit gefälscht hat, „übernahmte man“ die Verantwortlichkeit mit der Nachricht, daß der Zündholztönig gefälschte italienische Staatsobligationen im Werte von weit über 300 Millionen Kronen hat drucken lassen, und zwar in einer Scheimdruderei. Kreuger hat diese italienischen Obligationen mit einem geheimnisvollen Nimbus umkleidet und ihnen den Charakter einer stillen Reserve gegeben, um sie besonders bei wichtigen Kreditverhandlungen als anregende Unterlage für Kreditgeber zu benutzen. Jetzt meldet die schwedische Presse, daß Kreuger Grundsstückshypotheken im Werte von über 100 Millionen Kronen doppelt bezieht, und zwar handelt es sich dabei hauptsächlich um Berliner Grundstücke. Kreuger hat die hypothekarischen Wertpapiere verfälscht und damit Beleihungstransaktionen vorgenommen.

Nunmehr wurden drei Direktoren des Kreuger-Konzerns verhaftet, die seit Jahren gemeinsam mit ihrem Chef die größten Betrügereien und Hochstapeleien durchgeführt haben.

Der Bankrott des Kreuger-Unternehmens zieht den Bankrott immer weiterer Kreise nach sich. Die schwedische Bankfirma A. W. Högmann und Co. mußte in Konkurs gehen. Französische Banken haben durch den Zusammenbruch des Kreuger-Konzerns riesenverluste erlitten. Nach Annahme der internationalen Finanzkreise

übertreffen diese Verluste der französischen Banken alle bisher bekanntgewordenen Angaben und Zahlen. Besonders große Verluste erlitt die Banque de France.

Die gesamte bürgerliche Weltpreiße, die bei Kreugers Freitod diesem „Ideal des großen Kaufmannes“, dem „herrlichen legendenumwobenen Menschen“, dem „tiefe beklagenswerten Opfer der Weltwirtschaftskrise“ Tränen über Tränen nachgeweint und Spalten über Spalten rührende und rühmende Nachrufe gewidmet hat, versuchten ihn nach Aufdeckung seines riesigen Betrages — als Geisteskranken hinzustellen. Und jetzt, wo dieser Schwindler sich nicht gut aufrechterhalten läßt, entrüsteten sie sich über den großen Verbrecher, die beispiellos dastehenden betrügerischen Manipulationen Kreugers.

Kreugers Betrügereien einmalig? Kreuger ein Einzelfall? Keineswegs. Fast bei jeder zusammengekrachten Großfirma wurden nachträglich Unregelmäßigkeiten festgestellt. Kreugers Truist ist nur der erste große internationale Konzern, dessen betrügerische Geschäftsmethoden an die Weltöffentlichkeit kamen, weil durch seinen Bankrott die ganze kapitalistische Welt in Mißleidenschaft gezogen worden ist. Warten wir, bis das proletarische Gesicht in alle kapitalistischen Riestruktur hineingeleuchtet hat. Alsdann wird vor aller Augen offenliegen, was heute nur wir mit aller Schärfe sagen: Kreuger gehört zum System und das System zu Kreuger. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist der Boden, auf dem Kreugers aller Art gedeihen.

Menterei auf Kriegstransport-Dampfer

Amsterdam, 15. April. Jetzt erst werden nähere Einzelheiten über die Menterei auf dem Kriegstransportdampfer „New Amsterdam“ bekannt. Der Transportdampfer wurde gearbeitet, um Kriegsmaterial von Rotterdam nach Osaka (Japan) zu schaffen. Das Schiff lief mit ersten Schäden an den Kesseln Durban an. 23 Heizer wurden wegen Menterei auf hoher See arretiert.

Der reformistische Zentrale Bund der Transportarbeiter wußte, welche Fracht das Schiff führte. Er tat nichts, das zu verhindern. Im Gegenteil. Er ließ geschehen, daß eine gemischte Mannschaft angeheuert wurde, daß die farbige Besatzung des Maschinenraumes unter viel schlechteren Löhnen angestellt wurde als die Besatzung an Deck, die aus weißen Arbeitern bestand.

Der Zustand des Schiffes, das über 25 Jahre in Dienst steht und insbesondere der Kesselanlagen war derartig, daß die farbige Besatzung die Arbeit verweigerte. Aus den unter vollem Druck stehenden Kesseln spritzte das kochende Wasser. Die Weigerung der farbigen Klassengenossen, sich bei lebendigem Leibe verbrennen zu

lassen, wurde vom Kapitän und bürgerlichen Gerichten als Dienstverweigerung angesehen und als Menterei geahndet.

Die A. P. Hollands ruft in einem Aufruf die Arbeitererschaft zur Solidarität mit den verhafteten Klassengenossen auf.

Straßenbahnerstreik in Buenos Aires

Buenos Aires, 16. April. Sämtliche Angestellten der englisch-argentinischen Straßenbahngesellschaft sind in den Streik getreten, um ihre Forderung nach erhöhten Löhnen durchzusetzen. Alle Straßenbahnwagen in Buenos Aires wurden von Streikposten besetzt, die die Fahrgäste zum Aussteigen zwangen. Der Streik soll 24 Stunden lang dauern.

Arbeitslosenkämpfe in Athen

Athen, 16. April. Nach Auflösung einer Arbeitslosenkombiung, die verschiedene Forderungen an die Regierung stellte, kam es zu blutigen Straßenkämpfen zwischen Arbeitslosen und Polizei. Drei Polizisten wurden verletzt.

wollen und bieten ihnen wieder ihre Rechtsanwälte an unter der Bedingung, daß die Rote Hilfe sich nicht mehr um sie bekümmert.

Die amerikanische Arbeiterklasse hat schon ihre Protestkampagne gestartet. In Detroit demonstrierten 4000 Neger und weiße Arbeiter für ihre Freilassung, nachdem Violet Montgomery, die Mutter eines der Negerknaben, und die 51-jährige Mutter Tom Moonenys zu ihnen gesprochen hatten. Trotz ihrer Herzkrankheit durchreist Frau Moonen das ganze Land und spricht in Versammlungen für die Freilassung der Negerjungen von Scottsboro, der eingekerkerten Arbeiter von Harlan und ihres Sohnes, Tom Moonen hat seiner Mutter geschrieben, sie möge in ihrem prächtigen Kampf für die Rettung der Negerjungen nicht ermüden. In San Francisco demonstrierten 4000 Arbeiter im Zentrum der Stadt und vor der Wohnung des Gouverneurs gegen den im-

perialistischen Krieg und für die Freilassung der jugendlichen Neger. Am 6. April fanden in allen größeren Städten Protestdemonstrationen gegen den imperialistischen Krieg und den Zutrittskandal statt.

Nach im Ausland, besonders in der Sowjetunion, wird die Kampagne verschärft. Der Staatsanwalt von Alabama, ein Sohn jenes Richters, der den Urteilspruch fällte, dürrtet nach Put. Er ließ wissen, daß er sich einer Wiederaufnahme des Prozesses und „jedem Aufschub der Hinrichtung der Neger“ widersetzen werde.

Die revolutionären Arbeiter der Welt müssen ihren Kampf verschärfen, um die acht Negerjungen den blutigen Bourgeois der Vereinigten Staaten zu entreißen.



Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

6. Fortsetzung

Luisa hatte nichts Eiligeres zu tun, als sofort zum Jugendheim in der Gladengasse zu gehen um dort mit einigen zuverlässigen Genossen zu sprechen. Natürlich hatte der Genosse Paul recht. Die „Achtzehnjährigen“ hatten nicht nur eines auf den Deckel getriegt, sondern befanden sich wegen ihrer oppositionellen Haltung zur Parteileitung im offenen Konflikt. — auch zur „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“. Die glaubten, dem Sozialismus damit zu nützen, daß sie die Regierungspolitik unterstützen und den Arbeitern den Bürgerfrieden und das „Durchhalten“ predigten.

Schon literarisch beteiligten sich die „Achtzehnjährigen“ nicht mehr an den Vortragsabenden und den Vorträgen über Kunst und Wissenschaft. Sie pflüchten auf die Jugendpflege und die „politische Erziehung“. Sie führten vielmehr selbständige Versammlungen durch, trotzdem das mit den größten Schwierigkeiten verbunden war, die nicht nur von dem „Jugendauschuß“ gemacht wurden, der sich aus je drei Vertretern der Partei, der Gewerkschaft und Jugend zusammensetzte (Jugend also in der Minderheit), sondern auch von der Polizei und allen möglichen Spitzeln.

Der Brief des Genossen Paul gab allen wieder neuen Mut. Nun erit recht! Trotz alledem!

Die Betriebsarbeit machte gute Fortschritte. Die Streikbewegungen in den Munitionsfabriken in Berlin und anderen großen Städten, von denen natürlich die Zeitungen kein Sterbenswörtchen schrieben, die aber trotzdem bekannt wurden, hatten Kampfstimmung in einigen Kölner Betrieben ausgelöst.

Bei der Beerdigung der Opfer der Explosionskatastrophe trat die gesamte Belegschaft der Munitionsfabrik in einem zweistündigen Protest auf! Die reklamierten Chefs samt dem sozialdemokratischen Betriebsleiter Wandren spuckten Gift und Galle. Aber

die Frauen rührten sich nicht. Alle Köder standen still! — — —

„Ja, ich habe eine Dummheit gemacht“, sagte Luisa zu den sie mit Fragen bestürmenden Genossen und hielt sich vor Aufregung und Verlegenheit die Stirn fest.

„Na, was denn, nun schon raus mit der Sprache“, sagte Walter Stöder, der seinen Lazaretturlaub benutzt hatte, um nach dem Rechten zu sehen.

Luisa antwortete nicht gleich. Dann sagte sie zögernd: „Man hat mich unter Polizeiaufsicht gestellt. Vielleicht war es schon wieder eine Dummheit, daß ich hergekommen bin.“

„Zweifellos“, sagte Käthe, „aber da du schon mal hier bist, nun erzähle auch, was passiert ist!“

„Also, ich ging zu Brüggelmanns, meine Hemarbeit abliefern. Ihr wißt doch, daß ich Zeltbahnen zu Hause nähe. Und da habe ich Flugblätter mitgenommen. Die Antiregierungsflugblätter, die ihr für mich bereit gelegt hattet.“

„Na, das war doch ganz vernünftig!“

„Ja, aber die Dummheit lag darin, daß ich zu viel bei mir hatte, mehr, als ich im Betriebe lassen wollte.“

Der Vertrauensmann, dem ich sie aushändigte, hatte wahrscheinlich die günstige Gelegenheit, daß die Aufsicht nicht da war, benutzt, um die Blätter an den Mann zu bringen, das heißt, auf die Tische zu legen. Sie wurden entdeckt, als ich noch im Vorraum stand und auf die Abrechnung wartete.

Ich hörte plötzlich jemand brüllen: „Wer hat diese Zettel hier hereingebracht?“

Dann kam ein aufgeregter Diktator mit einer riesigen Glatze aus dem Arbeitsaal in den Büroraum, hinter dessen Glaswänden ich stand und schrie keinen Bürovorsteher an: Herr Müller, stellen Sie sofort fest, wer das hier hereingebracht hat!“

Er warf ein Flugblatt auf den Tisch und schlug mit der Faust darauf: „Es kann nur von draußen hereingebracht worden sein und irgend jemandem ist es übergeben worden. Wöllich liegt es auf den Tischen! Eine Schweinerei sowas! Ein Flugblatt gegen den Krieg! Jetzt wo es gilt, die Front draußen zu unterstützen! Stellen Sie sofort fest, wer das hergebracht hat!“

Herr Müller kam in den Vorraum. Das kann ja gut werden, dachte ich. Neben mir stand noch eine Frau, die eine Einholetasche in der Hand hielt. Er stürzte auf diese Tasche los und — fand natürlich nichts. Er sah sich um. Er sah mich von der Seite an wie ein bissiger Köter, der einen Menschen anfallen wollte.

„Was haben Sie in der Aktentasche?“ fauchte er mich an.

Ich versuchte es erst liebenswürdig und lächelte: „Dörrgemüll und Schinkenfinger!“

Er sperrte vor Überraschung den Mund auf: „Was?“

„Ich meine Dörrgemüll und Wehrübren“, wiederholte ich etwas erpöckelt.

„Zeigen Sie!“ und er griff nach meiner Aktentasche.

Ich hielt sie fest und sagte: „Was geht Sie meine Aktentasche an? Nicht zu nahe kommen, mein Herr!“

Aber in demselben Moment hatte er mir schon dieselbe aus dem Arm gerissen, zertrte sie auf und — schwang triumphierend einen Stoß Flugblätter in der Hand.

„Hier! Hier!“ Er schnappte förmlich nach Luft. „Hier sind die Flugblätter!“

Er wandte sich nach seinem Zimmer, dichte sich aber vor der Tür nochmals um, schnitt eine fürchterliche Grimasse und rief verächtlich: „Sie Frauenzimmer, Sie elendes! Schämen Sie sich nicht!“ Sie Vaterlandsverräter!“

Er knickte vor mir aus. Ich war sehr erregt und während auf meine Dummheit. Ich mußte mir Luft machen.

„Sie Affen!“ brüllte ich ihn an, „vielleicht lassen Sie sich mal an die Front versetzen, damit Sie sich für ihr Vaterland opfern können! Mähen Sie nur nicht solches Theater!“

Er knallte die Tür zu, daß die Scheiben klirren. Neugierige kamen aus den verschiedenen Türen und spitzten die Ohren.

„Wer ist das? Was?“ Sofort die Papiere mitgeben, Schluß mit der Arbeit!“ hörte ich drinnen den anderen schreien!

Dann wurde der Schalter hochgezogen. Ein Lehrling überreichte mir höhnlich die Papiere und meine Abrechnung und wiederholte die letzten Worte von drinnen: „Schluß mit der Arbeit! Grüßlein Köhler!“ Dann knallte er den Schalter vor meiner Nase zu.

„So, — nun wißt ihr, was ich für Dummheiten gemacht habe.“

„Na ist halb so schlimm, kann jedem passieren“, sagte Walter.

„Jetzt heißt es bloß ein bißchen mehr aufpassen!“

Nach diesem Vorfalle stand das Gespenst der Arbeitslosigkeit wieder vor ihr. Das einzige was man ihr anbot, waren Stellen bei vornehmen Herrschaften gegen geringen Lohn und freie Verpflegung.

Der Vater tobte: „Mach, daß du aus dem Hause kommst und verdiene was! Gehe wieder in die Munitionsfabrik! Vielleicht nach Troisdorf wo Maria ist. Versuch's nur, dann wirst du auch etwas bekommen!“

Fortsetzung folgt.

Öffentliche Frauenversammlung der Erwerbslosen

Frau Martha Dornisch spricht heute, Montag, um 16 Uhr, im „Centralballsaal“, Westendstraße 50/52, über: „Die dauernde Verelendung der Frauen und Mädchen.“ Auftreten der Agitatorgruppe der Frauen des Erwerbslosen-Ausschusses. Eintritt alle! Eintritt 5 Pfennig.

Die Frauenkommission des Erwerbslosen-Ausschusses.

Ernst Thälmann ruft:

Roter Sturm über Preußen

Die mit großer Begeisterung aufgenommene Rede des Genossen Ernst Thälmann in der Sportplatz-Schundebung am 13. April in Berlin, ist in der Broschüre „Roter Sturm über Preußen“ erschienen. Preis 10 Pfennig. Verbreitet diese Kampfschrift in Stadt und Land! Bei allen Literaturverkäufern der Partei zu haben.

Heute abend, 29 Uhr,
Schundebung für Scheringer
im Centralballsaal, Westendstraße 50/52: „Wie Scheringer kommunist wurde.“ Darüber spricht sein ehemaliger Mit-
gefangener Alfred Thomas.

Die kapitalistische Fronarbeit ist aufgehoben

Die Emietation hat unter der Führung der KPD die wichtigste und schwierigste Aufgabe der proletarischen Revolution, die Aufgabe des Wandens der Wirtschaft der kapitalistischen Gesellschaft gelöst. Die Reichsliste der 17. Konferenz der KPD enthält die Richtlinien für die Aufstellung des zweiten Fünfjahresplanes und legen die neuen Aufgaben fest, die nunmehr gestellt sind: die endgültige Überwindung der Heberbeisfel des Kapitalismus in der Wirtschaft und im Bewußtsein, die Menschen und damit den Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft im nächsten Jahr fängt. — Das neue Heft (Nr. 3) der „Kommunistischen Internationale“ enthält darüber einen besonderen Artikel von W. Anorin, die Ergebnisse der 17. Parteikonferenz der KPD. Außerdem bringt diese Nummer eine Reihe Artikel zum neuen imperialistischen Weltkrieg, wo auch kritisch zum Kampf der kommunistischen Presse gegen den Krieg Stellung genommen wird. Der kommunistische Agitator

und Propagandist sollte den Inhalt dieses neuen Heftes der „Kommunistischen Internationale“ aufmerksam studieren. Preis 70 Pf. Bei jedem Litobmann und in der Bezirksliste, Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 50, zu haben.

Reichs-Erwerbslosentag am 19. April

Gegen die Politik des „kleineren Übels“, gegen das System der NotverordnungsPolitik, gegen die Hindenburg-Parteien und die Hitler-Partei, für die Kandidaten der KPD bei den Parlamentswahlen, für ein freies sozialistisches Vaterland, demonstrieren morgen, am Reichs-Erwerbslosentag, die hungernden und ausgebeuteten Proletariat!

„Rotes Preußen“

Ist die Wahlzeitung der KPD. (Zweifarbenbrud 5 Pfg.), die jeden Wähler im Hand von Tatsachen informiert, wie Braun und Severing im Verlauf von 13 Jahren den Polizei-, Justiz- und Kulturapparat in den Dienst der faschistischen Politik der deutschen Großkapitalisten gestellt haben. Bei jedem proletarischen Literaturverkäufer zu haben.

G

Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Friedland

Noniektion, Miederstoffe, Strümpfe und Trikotagen
immer billig im **Central-Kaufhaus**
47608 Braunauer Straße Nr. 32

Ballhaus „Schlesischer Hof“ Inhaber E. Gutter
Landeshuter Str. 47669
empfiehlt sich den Werkstätigen

Café, Bäckerei und Konditorei
47670 Max Bachmann, Braunauer Str. 28

Kolonialwaren, Fische, Wild
47671 Konserven, Obst und Gemüse
F. Weiser, Schweidnitzer Str. 6

Sämtliche Molkereiprodukte 47672
empfiehlt **Carl Neudebauer**, Liebhstr. 2

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
47673 in Aufschchnitt
Josef Hermann, Obersteiner Str. 15

Möbelhaus Fr. Schubert
47674 Obere Steinstraße 3. Teilzahlung
gestattet. — Lieferung frei Haus

Kolonialwaren / Tabake 47675
Eise Jöptner, Untere Steinstraße 8

Kolonial- u. Schnittwarenhaus 47676
Tabake Inh. **Martha Steudel**, Heldstr. 18

Burgkeller 47677
Verkehrslokal
aller Werkstätigen
Alfred Meisel

Brot- und Feinbäckerei 47678
Hermann Wagner, Brauberg 5

Schmiedeberg

Kauft im 47278
Hamburger Zigarrenhaus

Kolonial-, Rauchwaren, Franz Scholz
47279 Steinzeifen 47, Markt 23

Brot- und Feinbäckerei Walter Petrasch
47274 Liebauer Straße 50

Brot- und Weißbäckerei 47275
Herbert Schwabe, Liebauer Straße 56

Richard Zehler, Oberstraße 14
47276 Bäckerei — Kolonialwaren

Fleisch- u. Wurstwaren, Ia Aufschnitt
47277 **Ernst Krebs**, Oberstraße 5

II. Fleisch- und Wurstwaren 47279
Bier- und Frühstückstube
Berthold Häring, Hammerstr.

Leschwitz b. Görlitz

E. Sperlow, Lebensmittel
47281 Zittauer Straße 35

M. Model 47282
Demischstraße 4
Lebensmittel

G. Schicht, Zittauer Straße 20
47283 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Paul Jäkel, Seidenberger Str. 39
47284 Lebensmittel

Otto Grafe
47285 Zittauer Str. 3
Fleisch- und
Wurstwaren

Endstation Schweizerhaus Leschwitz
47286 empfiehlt seine Lokaltitäten
Großer Saal
Max Lange und Frau

Die bevorzugten Rüdiger-Gaststätten
47287 Berliner Str. 32
Brüderstraße 1 bieten jedem das Beste

Görlitz

Hermann Strobach 47245
Dresdener Platz 5
Textilwaren — Reste

Wäschehaus Hermann Junge
47246 Marienplatz 6, gegenüb. dem dicken Turm
Bettwäsche, Tischwäsche, Leibwäsche, Trikotagen
u. Wollwaren, Kleider- u. Wäschestoffe, Gardinen

Bruno Bolz 47247
Kakao — Schokoladen — Kaffee — Tee

Fisch- und Feinkostgeschäft
47248 **Paul Hultsch**, Demianiplatz 39

G. Zippel, Brautwiesenstr. 24
47249 Textilwaren, Arbeiter-Bekleidung

Seifen, Parfümerien, Photo
47250 **A. Diehl**, Brautwiesenstr. 30

Vorzeiger dieses erhält Gratiasgeschenk
Papiergeschäft, Schützenstraße 4
47251

W. Kocmarek, Landeskronstr. 42
47252 Bettwäsche, Kleider Blaue Marken

E. Herzmann, Bautzener Str. 51
47253 Weiß-, Brot- u. Feinbäckerei

G. Senfger, Heilige Grabstraße 73
47254 Fleisch- und Wurstwaren

P. Prüfer, Jacobstraße 40
47255 Gold- und Silberwaren — Uhren

Konsul-Drogerie
47256 Konsulstraße 2

Spezial-Bettengeschäft
47257 Bettfedern-Reinigung
Anna Schlecht, Brüderstr. 3

Sämereien
47258 **Alfred Franzel Nachf.**, Elisabethstraße 17

P. Baier, Bankener Straße 47
47259 Arbeitsbekleidung
Möbel- und Polsterwaren

W. Meizer
47260 Hobestraße 11
Fleisch- u. Wurstwaren

Maske & Co.
47261 Mittelstraße 3
Schuhwaren
60% blaue Marken

Butter-Handlung
47262 **Künello**
Berliner Straße 6

P. Schröter
47263 Rauschwalder Str. 27
Fleisch- und
Wurstwaren

W. Kocmarek
47264 Mittelstraße 20
Obst, Gemüse
Kolonialwaren

F. Eüger, Blumenstraße 60
47265 Schleiferei u. Stahlwaren

Braunsburger, Breitestraße
47266 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Reserviert 47267

W. Kocmarek
47268 Mittelstraße 20
Obst, Gemüse
Kolonialwaren

Reserviert A 47269
Reserviert K 47270

Nugo Szezuka 47271
Auto- u. Motorrad-Zentrale / Abt. Fahrräder
Fernsprecher 188 — An der Braunauer Straße

Harry Schüller 47272
Lithografie
Namslauer Str. 22-23

Reserviert 47273

Konradswaldau
47274 **Kurt Kell**, Dorfstraße 25
Polierwaren — Spielwaren — Textil- und
Eisenwaren

Jauer

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
46970 **Curt Warmuth**, Königsstraße 12

Lebensmittel 46969
Martha Romainczyk, Altjauer Str. 18 a

Schuhwaren und Fußpflege
46975 **K. Klemke**, Goldberger Str. 32

Richard Wenke 46974
Goldberger Straße 24
Fleisch- und Wurstwaren

Verlangt stets Haselbach- und Kipke-Bier
46966 **Erich Keil**, Kirchstraße 1

Reinhold Köhler
46967 Vorwerkstraße 32
Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Weinhold
46972 Goldberger Straße 10
Ia Fleisch- und Wurstwaren

Wir kaufen unsere Lebensmittel nur bei
36982 **H. Lanksch**, Königstraße 1
und unsere Milch am Milchwagen **H. Riedel**

Niesky
46973 **R. Barthel**, Waldstr. 2
Haus- u. Küchengeräte

O. Jäschke
46974 Brot- u. Weißbäckerei
Hindenburgstr. 8

O. Lorenz
46975 Brot-, Weiß-
und Feinbäckerei
Hindenburgstraße 20

W. Mühle
46976 Mittelstraße 1
Robltscherer

Stern-Drogerie
46977 Drogen — Farben — Photo
7523 Heikaer Straße Nr. 1

Pelsterwitz
46978 Beste Bezugsquelle
Ia Lebensmittel ist und bleibt das
Kaufhaus Klaus

Fleisch- und Wurstwaren
46979 **Mag. Ruhnert**, Hauptstraße 90

Reichenbach OI.
46980

Max Horter
46981 Markt 16
Fleisch-
und Wurstwaren

Reserviert 46982

Reserviert 46983

Tannhausen
46984 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Bruno Fritsch, Blumenauer Weg

Schloß-Brauerei
46985 **Tannhausen**

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
46986 **Wilhelm Holz**, Neuroder Straße 15

Denzig
46987 **S. Frankenstein & Co.**, Wilh.-Str. 35

Gr. Warfenberg
46988 **Richard Dittrich**, Destillation
Ring 44

Bernstadt
46989

Reserviert A 46990
Reserviert K 46991

Nugo Szezuka 46992
Auto- u. Motorrad-Zentrale / Abt. Fahrräder
Fernsprecher 188 — An der Braunauer Straße

Harry Schüller 46993
Lithografie
Namslauer Str. 22-23

Reserviert 46994

Konradswaldau
46995 **Kurt Kell**, Dorfstraße 25
Polierwaren — Spielwaren — Textil- und
Eisenwaren

Herren- und Knaben-Bekleidung
46973 kauft bei
Otto Schneider, Königsstraße 30

Reserviert 46977

Reserviert 46968

Modehaus
46971 **Max Zickel**
Jauer

Beuthen a. Oder, Bez. Liegnitz
46972 **fleischerei und Wurstfabrik**
Richard Kliemt

Bäckerei Paul Herrmann
46973 Junkernstraße 18

Destillation u. Tabakwaren
46974 **Emil Strauß**, Markt 28

Lebensmittel, Tabakwaren kauft man am
46975 besten bei
Otto Schulz

Halbau
46976

Markt-Drogerie
46977 Photo-Artikel — Parfümerien
Kinder- und Krankenpflege-Artikel

Halbauer Markthalle
46978 Kolonialwaren
Emma Weiser

Schloßhalle
46979 Eigene Erzeugnisse der Gärtnerei
und Landwirtschaft

Bäckerei und Konditorei
46980 **Richard Lehmann**, Markt 13

Brieg
46981

Fleisch- und Wurstwaren 46982
Emil Coljowski, Jungfernstraße 6

Beerdigungs-Institut 46983
Richard Gottschlich, Burgstraße 17

Fleisch- und Wurstwaren 46984
Rudolf Hoffmann, Wagnerstraße 16

Kurt Reimann, Friseur, Aepfelstraße 6
46985 Erwerbslose: Haarschneiden 40 Pfg.
Rasieren 10 Pfg.

Obst und Süßfrüchte 46986
Georg Beier, Ring 48

Bergmann's Klagengeschäft
46987 Damen-, Mädchen- u. Kinderbekleidung
Oppelner Straße 24

Feine Fleisch- und Wurstwaren
46988 **Paul Zwiener**, Burgstr. 2

Petersdorf
46989

A. Leisching, Dorfstraße 228
46990 Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel

Gasthof z. Hollnung / Tel. 1-9
46991 Verkehrslokal aller Werkstätigen
Freundzimmer, Autogarage, Ia Mittagstisch
Bruno Schön

Markissa
46992 Schnellbesuch - Anstalt
garant. für gute
Qualität u. sol. Preise
Hollmut Zimmermann
Baderstr. 200 46991

Arbeiter deckt eure Raucherwaren
46993 im **Zigarrenhaus Schneider**
Schulstraße 31

Reserviert 46994

Konradswaldau
46995 **Kurt Kell**, Dorfstraße 25
Polierwaren — Spielwaren — Textil- und
Eisenwaren